

Volksrecht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abonnementpreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6, durch die Filialen der „Volksrecht“, Neue Gravenstraße 5 und Friedberg-Platz 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Einzelhefte im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rml. Durch die Post einzeln, Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 7 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Vereins-, Vereins- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Belagerungszustand über Madrid

andauer und Verschärfung der Unruhen — Mehrere Klöster verbrannt — Große Wut des Volkes über die monarchistische Provokation — Die monarchistische Aufwühlung bewiesen

Madrid, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht). Die Unruhen vom Sonntag nahmen am Montag mit immer größerem Charakter ihren Fortgang. Die Volksmüt richtet in erster Linie gegen die Klöster. Am Montag nachmittag fanden sechs Klosterkomplexe in Flammen, darunter die des Ordens der Jesuiten auf der Granvia. Der in Permanenz tagende Ministerrat beschloß am Montag nachmittag, in Anbetracht der durch die monarchistischen Provokationen hervorgerufenen Unruhen den Belagerungszustand zu verhängen und die Pforten zu schließen. Um 11 Uhr ließ die Regierung offiziell erklären, daß sie mit aller Härte durchgreifen werde und sich dabei insbesondere auf die in ihr stehenden politischen Parteien und Gewerkschaften stützen werde. Die Regierung hat Beweise dafür, daß Unruhen von rechts organisiert wurden und die monarchistischen kommunistischen Elementen im Einvernehmen handelten. Die monarchistische Partei und die Gewerkschaften verteilten ihre Anhänger am Montag nachmittag zur sofortigen Wiederannahme der Arbeit auf. Während des Ministerrats erschien eine durch den Freund des Reiches, den Reichsanwalt Rada, geführte Abordnung, die folgende Forderungen stellte: sofortige Auflösung der Guardia-Civil, Abschaffung der Konsens- und Zensurgesetze nach Waffen

und sofortige Bildung eines Volkstribunals. Falls die Regierung den Forderungen der Massen nach gerichtlicher Aburteilung der Vorkommnisse am Sonntag nicht nachkomme, seien die Massen nicht zu halten. Der Unterrichtsminister versprach die sofortige Wiederherstellung des Generals Berenguers, die Auflösung des obersten Kriegsgerichtes, das die Freilassung Berenguers durchgesetzt hatte und die Aburteilung der Minister der Diktatur.

Madrid, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). Der spanische Außenminister, der am Montag von Madrid nach Genf abgereist war, hat in Valladolid seine Reise unterbrochen und ist sofort nach der spanischen Hauptstadt zurückgekehrt, als er von den blutigen Zusammenstößen erfuhr. Der Außenminister ist gestern abend in Madrid eingetroffen.

19 Jesuitenklöster verbrannt

Madrid, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). In Madrid fanden am Montag abend insgesamt neunzehn Jesuitenklöster in Brand, die von Demonstranten angezündet worden waren. Sämtliche Klöster sind verloren.

Ausdehnung der Osthilfe auf größere Teile Niederschlesiens

in Beschlüssen des preussischen Staatsministeriums — Zustimmung der Reichsregierung erfolgt

Berlin, 11. Mai. (Eigener Bericht). In der Sitzung des Preussischen Staatsministeriums vom 11. Mai wurde beschlossen, daß zu den Gebieten, die schon bisher in die Ostentlastung auf und der Osthilfe einbezogen waren, folgende niederschlesische Kreise hinzutreten sollten: Habelschwerdt, Heide, Waldenburg-Stadt und -Land, Reichenbach, Landesluth, Landberg, Breslau, Oels, Trebnitz, Wohlau, Steinau und die Teile der Ober gelegenen Teile der Kreise Brieg und Ohlau. Es wird eine Gewerbesteuererhöhung von 10 % und eine Senkung der ländlichen Grundvermögensteuer von 20 %. Die Uebereinstimmung der Reichsregierung mit diesen auf Grund der Vorverhandlung zwischen Preussischer Regierung gefaßten Beschlüssen dürfte in naher Zukunft erfolgt sein.

Prüfung eine gemischte Kommission vorgezogen. Dagegen hat die Staatsregierung es abgelehnt, sich in der Würdigung der politischen Bedeutung als solcher einer richterlichen oder schiedsrichterlichen Instanz zu unterwerfen. Schulfragen werden in dem Vertrag ebenso wenig berührt wie in dem Kontrakt mit der katholischen Kirche. Hinsichtlich der Ernennung von Theologieprofessoren wird den Kirchen in dem Vertrag eine gütliche Anhörung vor deren Ernennung gewährleistet. Ein Recht, die Abberufung oder Versetzung eines Professors zu verlangen, steht ihnen nicht zu.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags wird sich am Dienstag mit dem Vertrag befassen.

Als Anwendungsgebiet für die gewerblichen Ostentlastungen auf Grund des Ostentlastgesetzes beschloß auf der Vorbesprechung zwischen Reich und Preußen das preussische Staatsministerium, das gesamte rechts der Oder gelegene preussische Staatsgebiet sowie die links der Oder gelegenen Gebiete von Niederschlesien und die Städte Stettin und Frankfurt a. O. vorzusehen.

Die Nichterhebung der Aufbringungssteuer ist Niederschlesien mit Ausnahme der Kreise Hoyerstadt, Rothenburg, Görlitz-Lauban, Löwenberg, Schönau, Gabel, Hagnau, Lüben, Sprottau, Sagan und Bunzlau in Aussicht genommen. Die Nichterhebung soll jedoch nur Unternehmer betreffen deren Betriebsvermögen an dem für die Vermögensfestsetzung maßgebenden Stichtag 500 000 Mark nicht übersteigt.

Der Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen unterzeichnet

Am Montag vormittag um 11 Uhr wurde im preussischen Staatsministerium der Staatsvertrag des Reiches mit den evangelischen Kirchen unterzeichnet. Den Abschluß dieses Vertrages begründet die Staatsregierung mit dem Auftrag des Landtages vom Juli 1928 nach der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und evangelischer Kirche paritätisch auch mit den evangelischen Kirchen zu verfahren. Nach dem Vertrag gewährt der Staat den evangelischen Kirchen jährlich eine Dotation von 10 000 000 Mark. Ferner darf nach dem Vertrag zum Vorstehenden der Kirche der Kirchenleitung oder einer höheren kirchlichen Verwaltungsbehörde sowie zum Inhaber eines kirchlichen Amtes, dem der Vorsitz über die Amtswirtschaft auf den Vorsitz einer Behörde verbunden ist, niemand ernannt werden, wenn nicht die zuständige kirchliche Stelle durch Anfrage bei der preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß der Kandidat politischer Art gegen ihn nicht besteht. Es ist ausdrücklich festgestellt, daß nur konsistorielle und nicht kirchliche oder kirchliche Bedenken von der Staatsregierung in Betracht kommen dürfen. Wird die Nichtigkeit derartiger Bedenken von der Kirche bestritten, so ist für ihre nähere

Briand hat sich auf Grund der Demarche, die eine Abordnung von Radikalen der Links- und Mittelparteien am Montagabend zwischen 18 und 19 Uhr bei ihm unterzeichnet, bereit erklärt, die Kandidatur für die Präsidentenwahl anzunehmen. Der Delegation gehörten außer Mitgliedern der verschiedenen Kammerfraktionen einschließlich der Linken republikaner, die u. a. durch Handelsminister Standin vertreten waren, zahlreiche radikale Senatoren, wie Cailleau, Steeg und Albert Sarrant an, die gemäß dem Beschluß der republikanischen Linken allerdings nur in ihrem persönlichen Namen erschienen waren. Wortführer der Delegation war der 83 jährige Abgeordnete der radikalen Linken Thomson, der Briand auseinandersetzte, daß es sich bei seiner Kandidatur um die Vollbringung einer nationalen Tat handele, die die große Mehrheit des Parlaments von ihm verlange.

Briand erwiderte, er habe Bedenken, die Kandidatur anzunehmen. Die Kammer habe sich erst am Sonntagabend mit großer Mehrheit für seine Friedenspolitik ausgesprochen und er glaube, daß er im Außenministerium besser am Platze sei, um dafür sorgen zu können, daß die bisherige Außenpolitik unverändert fortgeführt werde. Als Außenminister sei er in der Lage, jede Regierung von der Notwendigkeit einer solchen Außenpolitik zu überzeugen, während er als Präsident der Republik sich größere Zurückhaltung auferlegen müsse. Die Abgeordneten Thomson und Painlevé wiesen gegenüber den Bedenken Briands darauf hin, daß das Ansehen Frankreichs in der ganzen Welt erhöht werden würde, wenn die Nationalversammlung ihn den Mann des Friedens zum Präsidenten der Republik wählte. Auf Grund dieser Auslegung seiner Kandidatur erklärte sich Briand schließlich bereit, dem Rufe der Delegation Folge zu leisten und sich für die Präsidentenwahl zur Verfügung seiner Freunde zu stellen. Kurz nach dem Empfang der Delegation erließen Ministerpräsident Pavaï um Briand zu seinem Entschluß zu beglückwünschen. Etwa 15 Mitglieder der Delegation begaben sich nach dem Besuch bei Briand unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Steeg und des Abg. Thomson vom Quai d'Orsay zum Palais Luxembourg, wo sie den Senatspräsi-

Oesterreichisch-italienischer Wirtschaftsvertrag

Rom, 11. Mai. (Eig. Drahtb.) Die hier geführten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Oesterreich und Italien haben jetzt zu dem Abschluß eines grundsätzlichen Abkommens geführt. Danach wird der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern künftig besonders durch Kreditverrichtungen, die Italien gewährt, eine Verstärkung erfahren. Außerdem sieht das Abkommen eine Vereinbarung über die gegenseitige Ermäßigung aller Frachtgebühren vor.

Die Reichsregierung war über den Gang der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien genau unterrichtet.

Goebbels zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt

Die Große Strafkammer des Landgerichts II verurteilt den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Dr. Weich zu zwei Monaten Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte in fünf Fällen, während in einem Falle auf Freisprechung erkannt wurde.

Italiens Schandjustiz bleibt

Rom, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). Die italienische Kammer hat den Gesetzentwurf zur Abschaffung des Ausnahmegerichts zum Schutze des Staates bis 1938 angenommen. Das italienische Ausnahmeverfahren kennt keine Frei-Verurteilungen, mögliche Ausnahmefälle werden in dem Augenblick, in dem sie gesprochen sind, rechtskräftig.

Ueberfall auf den Rasse-Professor Günther

Jena, 11. Mai. Am Sonnabend gegen 23,45 Uhr wurde, wie erst jetzt bekannt wird, auf den in Jena, Dietrichsweg 23, wohnenden Universitätsprofessor Dr. Hans Günther, den bekannten Rassenforscher, ein Ueberfall verübt. Der Täter, der dem Professor und dessen Frau auf dem Nachhausewege unauffällig gefolgt war, gab — vor der etwas abgelegenen Wohnung — drei oder vier Schüsse ab, von denen einer den Professor am linken Oberarm traf. Die zur Tat benutzte Pistole — ein spanisches Fabrikat — wurde von dem Verbrecher in der Nähe des Täters weggeworfen; sie enthielt noch drei Patronen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Briand nimmt die Kandidatur an

Trotz großer Bedenken — Doumer hält seine Kandidatur aufrecht

Paris, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht). Briand hat sich auf Grund der Demarche, die eine Abordnung von Radikalen der Links- und Mittelparteien am Montagabend zwischen 18 und 19 Uhr bei ihm unterzeichnet, bereit erklärt, die Kandidatur für die Präsidentenwahl anzunehmen.

bedenken Doumer aufforderten, nach der zugehenden Antwort Briands seine Kandidatur zurückzuziehen, um der Wahl des Außenministers einen einheitlichen nationalen Charakter zu geben. Doumer lehnte dieses Ansuchen ab und erklärte, er überlasse die Entscheidung der Nationalversammlung.

Der Delegation gehörten außer Mitgliedern der verschiedenen Kammerfraktionen einschließlich der Linken republikaner, die u. a. durch Handelsminister Standin vertreten waren, zahlreiche radikale Senatoren, wie Cailleau, Steeg und Albert Sarrant an, die gemäß dem Beschluß der republikanischen Linken allerdings nur in ihrem persönlichen Namen erschienen waren. Wortführer der Delegation war der 83 jährige Abgeordnete der radikalen Linken Thomson, der Briand auseinandersetzte, daß es sich bei seiner Kandidatur um die Vollbringung einer nationalen Tat handele, die die große Mehrheit des Parlaments von ihm verlange.

Die radikale Fraktion des Senats (demokratische Linke) beschloß am Montag ihren Mitgliedern bei der Präsidentenwahl in der ersten Abstimmung völlige Freiheit zu lassen. Falls jedoch ein zweiter Wahlgang notwendig wird, sollen alle Mitglieder für den Linkskandidaten stimmen, der die meiste Aussicht hat, gewählt zu werden.

Briand erwiderte, er habe Bedenken, die Kandidatur anzunehmen. Die Kammer habe sich erst am Sonntagabend mit großer Mehrheit für seine Friedenspolitik ausgesprochen und er glaube, daß er im Außenministerium besser am Platze sei, um dafür sorgen zu können, daß die bisherige Außenpolitik unverändert fortgeführt werde. Als Außenminister sei er in der Lage, jede Regierung von der Notwendigkeit einer solchen Außenpolitik zu überzeugen, während er als Präsident der Republik sich größere Zurückhaltung auferlegen müsse.

Der Beschluß zeigt, daß sich die Fraktion nicht an der gemeinsamen Demarche der Linksparteien bei Briand beteiligen wird. Das ist darauf zurückzuführen, daß Senatspräsident Doumer, der seine Kandidatur bereits angekündigt hat, Mitglied der radikalen Fraktion ist. Ein Beschluß seiner Fraktion für Briand zu stimmen, hätte seine Sabotageurteilung bedeutet. Trotzdem dürften zahlreiche radikale Senatoren schon im ersten Wahlgang für Briand stimmen.

Die Abgeordneten Thomson und Painlevé wiesen gegenüber den Bedenken Briands darauf hin, daß das Ansehen Frankreichs in der ganzen Welt erhöht werden würde, wenn die Nationalversammlung ihn den Mann des Friedens zum Präsidenten der Republik wählte. Auf Grund dieser Auslegung seiner Kandidatur erklärte sich Briand schließlich bereit, dem Rufe der Delegation Folge zu leisten und sich für die Präsidentenwahl zur Verfügung seiner Freunde zu stellen. Kurz nach dem Empfang der Delegation erließen Ministerpräsident Pavaï um Briand zu seinem Entschluß zu beglückwünschen. Etwa 15 Mitglieder der Delegation begaben sich nach dem Besuch bei Briand unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Steeg und des Abg. Thomson vom Quai d'Orsay zum Palais Luxembourg, wo sie den Senatspräsi-

Die Pariser Presse zu Briands Kandidatur

Paris, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). In der Presse wird die Präsidentenwahlkandidatur Briands fast allgemein begrüßt. Einige rechtseingestellte Blätter wie das „Journal“ bewahren Zurückhaltung. Die nationalistische Presse, voran das „Echo de Paris“ und der „Figaro“, bekämpfen die Kandidatur. Das „Echo de Paris“ hofft, daß die große Mehrheit der Nationalversammlung die Gefahr einer Wahl Briands noch erkennen und sich allein durch das Interesse des Vaterlandes leiten lassen werde. In derselben Zeitung erklärt Vertimay, daß die Wahl Briands ernste Folgen für die Außenpolitik Frankreichs haben werde. Bisher sei Briand bei

der Durchführung seiner Außenpolitik von Poincaré und Doumergue überwacht und etwas zurückgehalten worden. Briand wird nach seiner Wahl gemeinsam mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval nach Genf reisen.

Paris, 12. Mai. (Eigener Fundbericht.)

„Dava“ teilt mit, daß der Beschluß des Außenministers, für die Präsidentschaft zu kandidieren, seine Absicht, sich am 15. Mai nach Genf zu begeben, in keiner Weise ändere. Wenn Briand am Mittwoch in Versailles gewähnt werde, so halte er es für einen Akt der Höflichkeit, sich von seinen Kollegen des Organisationsausschusses für die europäische Föderation zu verabschieden und sie zu bitten, einen neuen Präsidenten zu ernennen. Immerhin würde der Aufenthalt Briands für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten sehr kurz sein. Er würde sich weder an den Arbeiten des Studien-Ausschusses für die europäische Union, noch an denen des Völkerbundes beteiligen.

Der Kampf um den Brotpreis

Berliner Brotfabriken streuben sich — Schiele verhandelt weiter
Was ist mit den anderen Städten?

Im Reichsernährungsministerium haben am Montag zwecks Entlung des Brotpreises Verhandlungen mit den Berliner Brotfabrikanten stattgefunden. Die Berliner Bäcker haben in der vorigen Woche zu verlangen, den Preis von 50 auf 47 Pfennig heruntersetzen. Damit ist das Bäckertum immer noch um einen Pfennig teurer als vor der Brotpreis-erhöhung. Andererseits läßt sich feststellen, daß die Gewinnspanne bei den Bäckern gegenüber dem Winter immer noch um einen Pfennig höher liegt.

Die Preisverminderung der Bäcker wollen die Brotfabriken nicht mitmachen. Sie führen für ihre Weigerung verschiedene Gründe ins Feld, u. a. den, daß die Regierung das verbilligte Mehl den kleinen Bäckern in die Werkstätten und damit in den Laden liefert, während die Brotfabriken eine Belastung durch die Verteilung des Brotes aus der Brotfabrik an die verschiedenen Ladengeschäfte in der Stadt auf sich zu nehmen haben. Es ist die alte Sache, daß die Brotfabriken billiger produzieren als die Bäcker, daß aber bei den Bäckern die Verteilung billiger ist als bei den Brotfabriken. Immerhin ist diese Belastung nicht so groß, als daß die Berliner Brotfabriken das Brot nicht ebenso billig abgeben könnten, wie die Berliner Bäcker. Der Berliner Bauernverein hat am Montag seinen Preis für ein Dreipfundbrot von 49 Pf auf 47 Pf herabgesetzt und hat damit wieder den kleinsten Brotpreis seit dem Winter erreicht. Was die Berliner Konjunktionsgesellschaft tun kann, müssen die anderen Brotfabriken, sofern sie einigermaßen leistungsfähig sind, auch können.

Wir müssen verlangen, daß der Reichsernährungsminister Schiele die Brotfabriken zu einem verbilligten Brotpreis zwingt, und zwar kann eine Verbilligung um drei Pfennig nicht genügen. Es muß eine Verbilligung auf den alten Preis — das ist eine Ermäßigung um vier Pfennig — erfolgen. Die Sozialdemokratie, unter deren Druck der Reichsernährungsminister mit der Preis-entlastung erst ernst gemacht hat, wird mit diesem Druck nicht nachlassen, bis die Brotpreis-erhöhung bis zum letzten Pfennig rückgängig gemacht ist. Dazu ist allerdings notwendig, daß die Zollentlastung in kürzester Frist billigeres Weizenmehl schafft. Wir betonen nochmals, daß es mit der Brotpreis-entlastung in Berlin allein nicht getan sein kann. In großen Städten ist ebenso wie in Berlin der Brotpreis erhöht worden. Hier muß die Preisentlastung ebenfalls eintritt. Der Reichsernährungsminister muß ebenso wie in Berlin seine Maßnahmen einleiten. Sollten die Roggenbestände der Stützungsstellen nicht ausreichen, dann muß auf den billigen Auslandsroggen z. B. der Russenroggen zurückgegriffen werden. Wir nehmen an, daß sich die Regierung bereits entsprechende Vorräte zu billigen Preisen gesichert hat, um auf jeden Fall gerüstet zu sein.

Wieder ein Reinfall Friedts

Der aus Thüringen dazugezogene Nazi-Minister Fried hatte die Münchener „Jugend“ noch kurz vor seinem Abgang wegen Beleidigung der thüringischen Polizei verklagt. Der verantwortliche Redakteur des Blattes und ein mitverklagter Zeichner wurden am Freitag freigesprochen.

Die Münchener „Jugend“ hatte zur Zeit des Konflikts zwischen Fried und dem Reichsinnenministerium eine Serie von 6 Bildern veröffentlicht, die unter der Überschrift „Aufnahmeprüfung für die Thüringer Landespolizei“ verbrecherische Ausschreitungen nationalsozialistischer Kommandos satirisch darstellte. Fried schickte sich dadurch beleidigt und ließ zum Kabi. aber die Strafkammer des Münchener Landgerichtes lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab. Das oberste Landesgericht hob diesen Beschluß auf. Da Fried nicht wegen Beleidigung seiner Person, sondern der Thüringer Polizei geklagt hat, führten die Beflagten den Nachweis, daß die beiden Zeichnungen zum Ausdruck bringen wollten, wie die Thüringer Polizei aussehen würde, wenn sie aus Nationalsozialisten bestünde. Zwei Sachverständige gaben ihr Gutachten zugunsten der Beflagten ab. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von

Gegenden Mißbrauch des Mandats

Die Bestimmung der Reichsverfassung, nach der Beamte zur Ausübung ihres Mandates als Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages seines Urlaubs bedürfen, wird nach den neuen Richtlinien der Reichsregierung in Zukunft strenger als bisher gehandhabt. Sie soll nur noch gelten für die Zeit der eigentlichen Tagung oder einer kurzfristigen Vertagung des Parlaments. Als kurzfristige Vertagungen, die nicht länger als vierzehn Werktage dauern. Während einer langfristigen Vertagung liegt nach den neuen Richtlinien eine parlamentarische Tätigkeit nur dann vor, wenn der beamtete Abgeordnete an Sitzungen eines Parlamentsausschusses, an Fraktionsberatungen oder an Wählerversammlungen teilnimmt.

Entsprechend den neuen Richtlinien hat der Reichsfinanzminister verfügt, daß alle beamteten Abgeordneten aufzufordern sind, ihre Dienstgeschäfte sofort aufzunehmen, wenn eine langfristige Vertagung des Parlamentes vorliegt.

Der Bankrott der Schule

Am der Untersekunda eines süddeutschen Gymnasiums ein junger Lehrer seine Schüler in den Schiller-Idealismus ein. Um zu prüfen, wie weit die Schüler den Schwung der idealistischen Gedanken Schillers eingeleitet seien, stellte er ihnen folgendes Aufsatzthema: „Wie ist Deutschlands Wiederaufstieg denkbar.“ Er erwartete natürlich Anknüpfung an den Idealismus der großen Weimarer Kosmopolitischen Ideen der deutschen Klassiker. Es kam von zwanzig Aufsätzen waren jedoch nichts anderes als sinnige Wiederholungen nationalsozialistischer Propaganda. Einer der Sechzehnjährigen schrieb:

„Der Krieg hat uns zerschmettert, der Krieg soll uns aufrichten. Einen Krieg, ein Massenmorden willt Du zu Ja, denn ohne Krieg geht es bei der Menschheit nicht. Tierische hat immer noch die Oberhand im Menschen. Der Zuwachs unserer Hitlerbewegung sagt mir, daß die Entlichtkommen muß. Sie wird sich in unserm Vaterland die Ober verschaffen. Wohl wird dieser Bürgerkrieg viel Blut kosten, wird jedoch nicht umsonst fließen.“

Ein anderer leistet sich folgendes: „Die Nationalsozialisten werden unser Vaterland aus dem Elend, in das es während Krieges durch eine gewisse Klasse und nachher auch in der Sache durch fette Bonzen geführt worden ist, herausheben und emporkühren.“

Ein Dritter schreibt: „Und erst die Scheidemänner, die Brüningmänner, die Kuselje des Volkes, die täglich und täglich Schrecken begehnen. Welch erhebender Augenblick muß es einen deutschpolitisch denkenden Menschen sein, die Köpfe der genannten Herren rollen zu sehen. Die nächste Aufgabe wird den Freimaurern und Jesuiten und anderen Rattenleuten zu empfehlen, von den auserwählten Wälfenjöhnen der Bolschewiki gar nicht zu reden.“

Schließlich ein Vierter: „Der Berliner Polizeipräsident auch ein eingewandertes Jude, der gehört natürlich abgehängt und ein Deutscher muß das Amt übernehmen, wenn wir kommen wollen.“

In sechzehn von zwanzig Schulaufsätzen hat sich in dieser Weise die Denkmalsart der sechzehnjährigen Gymnasialisten äußert. Es ist die Enttötung des vollständigen Bankrotts höherer Schule in Deutschland. Kein Zweifel, daß ein Teil Schullehrer daran schuld trägt. Hat die Republik an den Anstalten zur Heranzüchtung der Mordgesinnung irgend Interesse?

Curtius bei Sindenburg

Besprechung des Kabinetts über Genf.

Der Reichspräsident empfing am Montag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag über bevorstehenden Genfer Verhandlungen.

In der Montag-Sitzung des Reichskabinetts wurde unter dem Vorsitz des Reichstanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten und des Reichsfinanzministers die Europa-Ausschusses und des Völkerbundes in Genf besprochen. Der Reichsminister des Auswärtigen gab eine eingehende Übersicht über die zur Verhandlung stehenden Fragen, an die sich eine Erörterung angeschlossen. Die Besprechung wird fortgesetzt.

Amerikas Gewerkschaften gegen die jetzige Regelung der Prohibition

New York, 9. Mai (Eigener Drahtbericht.)

Die zur Behandlung der Prohibitionsprobleme nach Philadelphia einberufene Sonderkonferenz der American Federation of Labor schloß die Verhandlungen mit einem einstimmig angenommenen Bericht ab, in welchem der gegenwärtigen Prohibitions-gesetzgebung scharfster Kampf angesagt wird. Sämtliche arbeitsfähigen Gewerkschaftsführer forderten die Abschaffung der Prohibition und stimmten einem Kampagneplan zu, Grund dessen der gewerkschaftliche Kampf gegen das Alkoholverbot geführt werden soll. Die Konferenz stand unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der American Federation of Labor, William Moll. Unter den Konferenzgästen befand sich der Kongreß-Abgeordnete William Tierney aus Connecticut, der während seiner Wahl erklärte, daß das Prohibitions-Gesetz kein Platz in der Verfassung der Vereinigten Staaten haben könne. Tierney betonte ferner, daß man darauf hinarbeiten müsse, die Prohibitions-gesetze auf verfassungsmäßigem Wege wieder aufgehoben zu werden, gab aber gleichzeitig zu, daß ein derartiges Verfahren Jahre in Anspruch nehmen werde.

Hitler für Locarno

Ein Sonderbeiratsrat des „Daily Express“ hat in München eine Unterredung mit Hitler gehabt. Nach dem Bericht des „Daily Express“ hat Hitler dabei ausgeführt:

„Er verlange nicht die Wiederherstellung der deutschen Kriegsgrenzen, auch nicht die Rückgabe der verlorenen Kolonien. Aber er fordere, daß Deutschland gleichberechtigt behandelt werde. Die überschüssigen Millionen Deutschlands müßten die Möglichkeit haben, sich in den weiten Räumen an den östlichen Grenzen auszudehnen. Man müßte ihnen gestattet, die Hilfsquellen auszunutzen, die jetzt infolge der böswilligen Mißwirtschaft brach liegen.“

Das ist die Anerkennung des Locarno-Vertrages, der Verzicht auf Elßaß-Lothringen in aller Form! Warum führt die Partei des Herrn Hitler immer noch Kadaverpropaganda gegen die Locarno-Politik, wenn ihr Oberhaupt sich auf dem Boden des Locarno-Vertrages stellt?

Die Äußerungen des Herrn Hitler bedeuten eine bemerkenswerte Schwendung. Er steht nicht mehr mit dem Rücken gegen Osten, das Gesicht nach Westen, sondern gerade umgekehrt. Man könnte beinahe sagen, Herr Hitler habe sich zu Herrn Reichsberg bekehrt!

Der Vollständigkeit halber fügen wir hinzu, daß die Veröffentlichung des „Daily Express“, die bereits mehrere Tage zurückliegt, von Hitler in keiner Weise bestritten worden ist. Sie wird also stillschweigend als authentisch anerkannt.

Wüste Strawalle in einer Stadtverordnetenversammlung

Kreis und Nazis zerklüften das Mobiliar des Sitzungssaales
Karlsruhe, 11. Mai. (Eig. Drahtb.)

In der Karlsruher Stadtverordnetenversammlung kam es am Montag nach der Staatsrede des Oberbürgermeisters zu wüsten Krawallen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Rechts- und Linksradikalen traktierten sich gegenseitig mit Stühlen, so daß der Sitzungssaal schon nach kurzer Zeit ein einziges Trümmerfeld bildete. Als die Polizei erschien und Ordnung schaffen wollte, war kaum noch ein einziger Stuhl ganz. In den Auseinandersetzungen beteiligten sich auch die Galerien. Es gab mehrere Verletzte.

Natürlich haben die Nazis provoziert

Karlsruhe, 12. Mai (Eigener Fundbericht.)

Der gestrige Tumult im Karlsruher Stadtparlament entstand, als ein Nationalsozialist die Kommunisten als Verbrechergesindel bezeichnete. Als dieser Ausbruch gefallen war, drängten die Kommunisten gegen das Rednerpult vor. Einer der Angegriffenen schlug mit dem Leibriemen auf seine Gegner ein. Das war das Signal zu dem Bombardement mit allem, was nicht nie- und nagelfest war.

Als die Saalpolizei beendet war, fand eine zweite Sitzung der Stadtverordneten unter polizeilichem Schutz statt. Der Etat wurde gegen die Kommunisten in Abwesenheit der Nationalsozialisten angenommen.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann

(Copyright 1951 by Schlesierdruck G.m.b.H. Breslau.)

18) (Nachdruck verboten)

„Was soll's denn? Ich stecke gerade bis über die Ohren in einer wichtigen Arbeit!“ schrie Hinnerk zurück. Er wußte, daß der Ratsherr aus seinem Lehrestuhl nicht aufstand.

„Post!“

„Am! Komm' gleich!“

Gemächlich kroch er von seinem Stuhle herunter und begab sich ins Nebenzimmer. Den Federhalter, den er vorher in die Tinte getaucht hatte, trug er dabei noch in der Rechten.

„Na, einer muß doch hier sozusagen etwas tun!“ antwortete Hinnerk respektlos, als er den Ratsherrn in seiner bequemen Lage sah. „Was ist denn so Wichtiges los, daß man mitten aus der Arbeit herausgerissen werden muß?“

„Der Bürgermeister bietet sich zum Paten an!“

„Prima!“

„Tja! So'ne Taufe legt Verpflichtungen auf!“

Titus Trill erwog in Gedanken die Arbeiten, die mit diesen Verpflichtungen verbunden sein konnten. Dann sah er von schräg unten auf Thiessen. Er fand nicht rasch genug einen Anknüpfungspunkt, um die Sorgen auf die Schultern des anderen zu laden.

„Alles Glückwünsche?“ fragte Hinnerk und deutete auf den Briefstapel.

Titus Trill nickte nur.

„Das muß mit Stil beantwortet werden. Wenn ich sozusagen...“

„Tja! Sie haben den richtigen Schwung, Hinnerk. Sie wissen, wie eine Sache groß aufgezogen werden muß. Unser...“

Hinnerk strich sich über das wellige Haar, fuhr an den gekräuselten Koteletten entlang, zog den Bandschlips in gleichmäßige Schleißen und nickte zustimmend.

„Wenn das mein Junge wäre“, versicherte er zuletzt, „würde ich ihm den Aufstieg schon durch die Taufe ebnea. Das müßte eine Sache werden, daß man noch in einem halben Jahrhundert darüber redet. Sozusagen: Pudelwitz müßte Kopf stehen. Ohne Fassade ist nichts zu machen. Wer heute nach oben will, braucht die Resonanz der Masse. Unter dem Reichstagswahlrecht ist nichts anderes zu machen. Panem et Circus! Das heißt sozusagen: Das Volk hat zu entscheiden. Heute nicht mehr im Zirkus, sondern im Reichstag. Man muß für einen Prinzen — und das ist doch Ihr Junge! — aus der Taufe ein Volksfest machen.“

„Ich sehe schon: Sie verstehen die Sache, Hinnerk!“ erklärte freudestrahlend Titus Trill und schob den Briefstapel Hinnerk zu. „Arrangieren Sie was Gescheites. Natürlich so, daß die Kirche im Dorfe bleibt!“

Titus Trill wackelte mit Daumen und Zeigefinger.

„Dank für das Vertrauen, Herr Ratsherr! Da wollen wir gleich unserem Jungen eine Taufe herrichten...“

Die Wendung: „Unserem“ Jungen — gab dem Ratsherrn einen Stich. Aber Hinnerk war bereits mit dem Briefstapel ins Nebenzimmer gegangen.

„Erst wollen wir einmal das Schlachtfeld rekonoszieren!“ sagte Thiessen zu sich selbst und machte sich über die Briefe her. „Ah! Pastor Lämchen... Verdient ja auch dabei... Der Herr Pferdredaktor... verdient auch an unseren Pferden!... Hinnerk Mehlommel und Gottlieb Kalinke... Die Konkurrenz! Einer auf rosa Karte mit Vergeltungsmacht, der andere mit blauer Karte und mit Heckenroslein! Müssen bei der Kuchellieferung bedacht werden!... Uhrmacher Leisegang. Gleichzeitig eine Offerte in Patengeschenken! Geschäftstüchtig!... Christian Ossensiebt! Der muß auch eine Lieferung erhalten!... Danerlitzchen: Sogar der Herr Landrat!... Muß eingeladen werden!... Lehrer Ungewitter! Sogar mit einem Gedicht!“

Laßt donnern die Kartauen
Und schmettern die Posaunen
Und alle Menschen staunen:
Es liegt in weichen Daunen,
Geschenkt von Schicksalslaunen,
Ein edler Trill'scher Sproß!...

Schicksalslaunen?... Hm!... Von nichts wird nichts!“

Hinnerk schob die Briefe beiseite, zündete sich eine Pfeife an, goß das Glas wieder voll und entwarf auf einem Bogen weißen Papiers ein Programm.

„Wenn Könige bauen, haben die Kärner zu tun!“ tröstete er sich, als der zwölfte Bogen in den Papierkorb versank.

Endlich war das Werk einigermaßen gelungen. Der Feldzugplan lag vor. Er entbehrte nicht der Großzügigkeit. Es fehlte zum Kommenden nur der persönliche Adjutant. Der brauchte Hinnerk aus Bequemlichkeit und um sein Aussehen zu erhöhen.

Fritz Löpers, der Ladenstift, wurde für den Adjutantenposten als würdig befunden. Wenn er auch erst fünfzehn Jahre alt war, so eignete er sich doch ausgezeichnet zum Adjutanten, denn er machte sich über nichts Gedanken und konnte fix traben. Hinnerk schraubte sich auf dem Kommandosessel einige Windungen höher und rief nach Fritz Löper.

„Also, Fritz“, befahl Hinnerk von seinem Holzstuhl herab. „Erst gehst Du zu Zimmerer Stubenrauch. Er soll gleich einmal herkommen und das Bandmaß mitbringen. Dann läufst Du zum Stadtblatt. Herr Jan Feucht wird ergebenst hergebeten... Nein! Am Ende kommt er nicht. Jetzt wird die Zeitungsredaktion abgeschlossen. Sag: Ich lasse auf ein Viertelstündchen zu einer Flasche Portwein bitten. Dem kann er nicht widerstehen. Verstanden? Befehl wiederholen!“

Fritz Löpers, der ein Stammerbuck war, drockerte die Aufträge zusammen.

„Bong! Aber eins sage ich Dir, Fritz: Schneidiges Auftreten! Als ob Du ein Leutnant wärest und ich ein General. Sozusagen! Und nun: Galopp!“

(Fortsetzung folgt!)

Breslauer Nachrichten

Distriktsversammlungen

Dienstag, den 12. Mai, finden statt:

- im Schillerstübl, Schillerstraße. Redn.: Gen. Junke.
bei Müller, Alsenstraße 82. Redner: Genosse Jacob.
bei Thiel, Bahnhof, Ecke Palmstraße. Redner: Genosse Marschall.
bei Baumgart, Brunnenstraße 36.
bei Oberlein (Kurgarten), Frankfurter Straße. Redn.: Dr. Kleemann: „Reiseerlebnisse in Amerika“.
bei Witte, Zimpeler Straße: Dr. Hoffmann.

Tischstuhlbrand in der Ofenerstraße

Wieder durch offenes Licht verursacht

Mitteln kurz vor 11 Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Tischstuhlbrande nach dem Grundstück Ofener Straße alarmiert. Es wurden zwei Schlauchleitungen, die über das Treppnhaus, die andere über eine mechanische Leiter, die im Hofe aufgestellt wurde, vorgenommen. Bei der starken Rauchentwicklung war ein Herantommen an den Tischstuhl zunächst nicht möglich. Da das Feuer größeren Umfang annehmen drohte, gab der Leitende die Meldung an, worauf zwei weitere Löschzüge als Verstärkung eintrafen. Über zwei mechanische Leitern, die auf die Ofenerstraße aufgestellt wurden, wurden noch zwei weitere Schlauchleitungen, außerdem im Treppnhaus Ofener Straße 17 eine Schlauchleitung über das Dach vorgenommen, so daß insgesamt fünf Schlauchleitungen in Tätigkeit waren. In zwei Minuten wurden Löcher in das Dach geschlagen, um dem Qualm abzulassen. Der Angriff schritt nun vorwärts, so daß um 12 Uhr die Meldung „Feuer aus“ abgegeben werden konnte. Ein großer Teil der Bodenmatten mit Inhalt an Hausgerät und Bodenrumpel wurde zerstört. In den darunter liegenden Wohnungen wurden die Möbel der Wohnungsinhaber durch die Wasserschäden gegen das durchdringende Löschwasser beschädigt. Der Wasserschaden ist gering, nur eine Wohnung hat durch das Löschwasser erhebliche Gelitten. Die Entschädigung wird durch die Versicherungsgesellschaft, die eine Hausbewohnerin ihre Bodenmatten mit offenem Licht betreten hat. Die Aufräumungsarbeiten nahmen geraume Zeit in Anspruch, erst nach 14 Uhr wurde die Feuerwehr wieder abgerufen.

Fünf Opfer des Freitodes

In ihrer Wohnung in der Alexanderstraße wurde am Samstag vormittag die 36jährige Wirtschafterin Maria W. von ihrem Untermieter aufgefunden. Sie hatte den Hals mit einem Messer durchgeschnitten. Die Bestimmung wurde sofort in das Allertierhospital geschafft, wo jedoch nur noch der inzwischen eintretende Tod festgestellt werden konnte.

Unter eigenartigen Umständen machte am Sonntag der 46jährige Heizer Emanuel W. aus Solarine, Kreis Ratibor, sein Leben ein Ende. Gegen 6 Uhr morgens hat er sich im Park in Breslau mit einer Selbstmordpistole einen Kopfschuß beigebracht, der ihn schwer verletzte. Er wurde bald in das Allertierhospital geschafft, wo ebenfalls noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

In hiesigen Krankenhäusern starben am Sonntag noch ein 46jähriger Rentner und ein Kaufmann aus der Kronprinzengasse. Der erstere hatte sich Ende April mit Gas vergiftet und der andere hatte vor ein paar Tagen eine große Dosis Veronal sich genommen.

In seiner Wohnung in Breslau-Schmiedefeld hat am Sonntag am 11. Mai der 56jährige Arbeiter F. freiwillig mit seinem Leben Schluss gemacht, indem er sich erhängte. Ein Herzleidenden scheint der Anlaß zur freiwilligen Lebensentlassung zu sein.

Das Anwachsen der Breslauer Kleingartenbewegung

Der Verband teilt sich in Bezirke. — Auch in diesem Jahre wieder Blumen- und Opfertag

Mit Eintreten der wärmeren Witterung regt sich auch in Breslauer Kleingartenanlagen wieder neues Leben. Breslauer Kleingartenvereine zu entnehmen ist, immer mehr zu einer Stadt, die der dem Kleingarten eine große Bedeutung zukommt. Der Verband umfasst jetzt nicht weniger als 87 Vereine mit 6720 Familien. Im vorigen Jahre schlossen sich die Vereine „Wolfsgrund“, „Ostpark“, „Zur Sonne“, „Eichenlauf“, „Dannenberg“ dem Verbande neu an. Bei der immer umfangreicher werdenden Geschäftsführung beschloß die letzte Hauptversammlung, den Verband in sechs Ortsbezirke einzuteilen. Erreicht ist, daß die Zusammenarbeit zwischen der Städtischen Kleingartenverwaltung und dem Verband im besten Einvernehmen durchgeführt wird, wenn gleich aus den Kreisen der Kleingärtner die bessere Ausschaltung der Kuratoren, die eine unnötige Vermehrung und eine umständlichere Verwaltung des Geländes bewirkt, gewünscht wird. Aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge konnten Kleingartenbauanlagen hergerichtet werden.

Der vorjährige Blumen- und Opfertag brachte wieder einen vollen Erfolg. Er soll in diesem Jahre wiederholt werden. Regierungspräsident H. P., der ein eifriger Förderer des Kleingarten- und Siedlungswesens ist, brachte der Breslauer Kleingartenbewegung lebhaftes Interesse entgegen und führte persönlich Verhandlungen mit dem Stadterweiterungsamt, um die Ausweisung von Heimstättengebieten und Dauer-Kleingartenanlagen „Ostpark“ mit 80 und „Dittschin 207“ mit 126 Gärten neu errichtet werden, während im Norden Breslaus eine weitere Anlage mit mehreren 100 Gärten im Entstehen begriffen ist.

Besonders umfangreich war die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Rechtsberatung. Vor dem Kleingarten-Schiedsgericht fanden nicht weniger als 69 Verhandlungen statt, von denen nur ganz wenige Fälle zu Ungunsten der Kleingartenvereine entschieden wurden. Ein Streit von grundsätzlicher Bedeutung entstand über die Frage, ob das Kleingarten-Schiedsgericht befugt ist, Zwangspachtverträge zu verlängern. Nach langwierigen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht und nach Anrufen der Verwaltungsstellen und des preussischen Wohlfahrtsministers wurde die Frage ebenfalls in günstigem Sinne für die Kleingartenvereine entschieden.

Die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

Das Wohlfahrtsamt hat nun mehr Unterstützungsempfänger zu betreuen als das Arbeitsamt

Zu den letzten Wochen sind durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mehrfach Zahlen veröffentlicht worden, die den Eindruck erwecken könnten, als sei die Gesamtzahl der Erwerbslosen im Rückgange begriffen. Das trifft für die Stadt Breslau jedenfalls nicht zu, wohl aber ist hier eine Entwicklung festzustellen, die dahin führt, daß die Zahl der vom Wohlfahrtsamt betreuten Erwerbslosen die Zahl der vom Arbeitsamt unterstützten zu überschreiten beginnt. Welches sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung Anfang Januar d. J. noch auf 34 485 und die Zahl der ausgesteuerten Hauptunterstützungsempfänger (Wohlfahrtserwerbslosen) auf nur 13 248, so betragen zu Beginn dieses Jahres die entsprechenden Zahlen 45 376 und 22 026. Der Anteil des Wohlfahrtsamtes ist demnach in dem

Zeitraum von Anfang Januar 1930 bis Anfang Januar 1931 von einem etwas reichlichen Viertel auf fast ein Drittel der Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen gestiegen. In der Berichtswache vom 23. April bis zum 8. Mai d. J. hat dann eine Ueberschneidung stattgefunden, die sich in den für Anfang Mai dieses Jahres ermittelten Zahlen wie folgt ausdrückt:

Es waren in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung nur noch 31 647 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden, im Wohlfahrtsamt dagegen 32 097, d. h. also, daß im Wohlfahrtsamt 450 Hauptunterstützungsempfänger mehr gezählt worden sind als im Arbeitsamt, und d. h. ferner, daß der Rückgang der vom Arbeitsamt unterstützten sich durch Vermehrung der Wohlfahrtserwerbslosen nahezu ausgleicht.

Die Unfallkurve steigt wieder an

Im April 320 Verkehrsunfälle — 8 Tote und 167 Verletzte — Es hagelt Strafmandate

Der Monat April hat ein neues Ansteigen der Zahlen der Verkehrsunfälle in Breslau mit sich gebracht. Im ganzen wurden in diesem Monat 320 Unfälle registriert, bei denen acht Menschen ihr Leben einbüßen mußten und 167 verletzt wurden. Bei 75 Verletzten waren die Schäden an der Gesundheit so erheblich, daß die Betroffenen einem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Bei dem Ansteigen der Unfallziffer ist hervorzuheben, daß auch die Zahl der Unfälle steigt, die auf ein Selbstverschulden der Verunglückten zurückzuführen sind. Allein im April verunglückten 14 Personen beim Auf- oder Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnzug. Einem dieser Verunglückten mußte sogar ein Bein vollständig amputiert werden.

Entsprechend der neuen Polizeiverordnungen greifen die Polizeibehörden deshalb auch jetzt energischer durch und so mußte die Verkehrspolizei im April 1094 Strafmandate erlassen. In dieser ganz enorm gesteigerten Zahl der

Strafen befinden sich erstmalig auch 80 Strafmandate für Personen, die von fahrenden Fahrzeugen auf- oder abgesprungen sind und weiterhin auf 110 Fußgänger, die durch Nichtbeachtung der Verkehrsvoorschriften eine Unfallgefahr verursacht haben. Weiterhin wurden 83 Strafverfahren bei der Amtsanwaltschaft anhängig gemacht. Da alle Warnungen und Belehrungen wenig Beachtung finden, soll nun auf diesem Wege eine Erziehung zur besseren Verkehrsdisziplin erreicht werden, die schließlich im Interesse jedes einzelnen liegt. Das dies wirklich notwendig ist, das ergibt sich aus dem immer weiter anwachsenden Verkehr, wurden doch im gleichen Monat nicht weniger als 1143 neue Kraftfahrzeuge zugelassen und 374 neue Führerscheine erteilt.

Es wird nicht uninteressant sein, zu beobachten, welche Auswirkungen sich aus der Steigerung der Strafen ergeben werden.

Urteilspruch im Erbschaftsprozess

Frau Hartmann freigesprochen, Dr. Stiller verurteilt

Gestern Mittag wurde das Urteil in dem Erbschaftsschwindelprozess unter allgemeiner Spannung des Publikums und der Prozessbeteiligten verkündet. Frau Anna Hartmann bekam den § 51 zugedilligt und wurde freigesprochen, worüber sie sehr böse war, denn sie will den „Togdheim“ nicht, sie habe nichts Unwahres gesagt, und die Erbschaft bestehe bestimmt. Frau Schneider wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Beide Frauen wurden sofort aus der Haft entlassen. Während Frau Hartmann dauernd schimpft, weint ihre Schwester. Sie wurde vom Gericht deshalb milder als vom Staatsanwalt angefaßt, weil sie unter dem Einfluß ihrer Schwester gestanden und nicht selbst die Initiative ergriffen habe. Der Glaube an die Erbschaft — wurde in der Urteilsbegründung gesagt — konnte ihnen nicht unbedingt abgeprochen werden. Sie habe sich jedoch insofern falscher Vorpiegelungen und des Betrages schuldig gemacht, als sie immer wieder behauptete, die Erbschaft werde demnächst ausgefaßt, oder die Darlehensgeber würden auf die Testamente bald Geld bekommen. Falsch war auch die Angabe, daß sie vom Staat oder von der Bank einige Millionen Vorschuß bekommen würden. Das Gericht hat aber alle jene Fälle nicht als Betrug angesehen, in denen sich auch die Gegenparteien nicht einwandfrei benahmen, wie bei Konrad Beder, sowie auch bei denjenigen Geschäftsleuten, die die Waren ohne Auftrag ins Haus brachten. Zur Verurteilung haben nur jene Fälle geführt, in denen sich die beiden Frauen Geld gegen Testamente geben ließen, und nicht für den Erbschaftsprozess, sondern persönlich verausgabten.

Rechtsanwalt Dr. Stiller wurde wegen Beihilfe zum fortgesetzten Betrug zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die Strafe ist durch die Untersuchungshaft verbüßt. Das Gericht hält ihn für voll verantwortlich. Er möge überarbeitet und dem Trunk ergeben gemessen sein, aber nicht geisteskrank. Stiller hätte sich eingehend mit der Erbschaftssache beschäftigt und umfassende Ermittlungen einzuziehen müssen, bevor er in der Angelegenheit Schritte unternahm und Auskünfte gab. Da er dies unterlassen

hat, hat er sich strafbar gemacht. Stiller war sichtlich bedrückt. Offenbar hatte er bestimmt mit seiner Freisprechung gerechnet. Die Geschwister Weigmann wurden ebenfalls verurteilt, und zwar Franz Weigmann zu 70 Mark Geldstrafe und Anton W. zu 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis. Anton Weigmann erhielt Strafversetzung zugedilligt. Der Schwiegerohn der Frau Schneider, Janke, wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die gleiche Strafe erhielt auch Volkner. Bei ihm sind die 4 Monate durch die Untersuchungshaft verbüßt. Paul Wader erhielt 150 Mk. Geldstrafe, Barella, der Bürovorsteher Dr. Stillers, hingegen wurde freigesprochen. Da er nur an den Geschäften beteiligt war, bei denen das Gericht auf Freisprechung der Hauptangeklagten erkannt hatte.

Die beiden Frauen wurden vor dem Untersuchungsgefängnis von einer größeren Anzahl Personen erwartet. Barella wurde ein Blumenstrauß überreicht.

In allgemeiner Begründung erklärte der Vorsitzende, das Gericht habe besonders eingehend die Frage geprüft, ob ein Testament bestanden habe, und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß dies nicht der Fall sei. Durch die Akten des Auswärtigen Amtes sei einwandfrei erwiesen, daß zwar im Jahre 1839 in Surinam ein gewisser König oder König gestorben ist, aber als dessen Erben nur im Rheinland wohnende Angehörige in Frage gekommen seien. Lediglich infolge einer Ortsverwechslung bei der Regierung sei irrtümlich in Schlesien nach Erben gesucht worden und dadurch die späteren phantastischen Erbschaftsgerichte entstanden. Die „Erben“ müßten gewußt haben, daß die Pflegschaftsakt, auf die sie sich beriefen, nicht bestanden haben. Bei dem Angeklagten Stiller habe das Gericht nicht in allen Fällen Beihilfe zum Betrug angenommen. Wenn man das hätte tun wollen, hätten noch ganz andere Personen auf die Anklagebank kommen müssen. Da wahrcheinlich der Anklageretreter und die Mehrzahl der verurteilten Angeklagten Berufung einlegen werden, dürfte der Prozess in absehbarer Zeit noch einmal aufgerollt werden.

Auch die Schreiberjugendpflege wurde im letzten Jahre weiter ausgebaut und es gelang, dank der opferreichen Mitarbeit ehrenamtlicher Jugendpfleger, ein eigenes Jugendheim zu errichten. Der Bezirksleiter des Verbandes folgend, wird auch der Jugendkreis dezentralisiert. Zusammenfassend läßt sich ein Bild in den Jahresbericht als auch eine Fahrt durch die jetzt in beginnendem Frühlingsschmuck stehenden Kleingärten erkennen, daß die Kleingartenbewegung aus dem Rahmen der Großstadt Breslau nicht mehr wegzudenken ist.

Wer ist dümmer?

Ein Reisender, der die tollsten Märchen erzählt oder die Leute, die es ihm glauben

Wenn man Gelegenheit nimmt, einmal einigen Gesprächen, sei es auf der Straße, auf dem Hausflur oder sonstwo zuzuhören, wird man oftmals die tollsten und ungläublichsten Dinge zu hören bekommen, was aber ein augenblicklich hier in Breslau herumhantierender nationalsozialistischer Versicherungsreisender erzählt, greift schon an das Phantastische und man weiß nicht, wen man mehr bedauern muß, diesen armen Irren oder die Leute, die solchem Blödsinn noch immer ein Ohr schenken. Daß er die Nazi-Regierung in Braunschweig und die verflozene Fried-Wirtschaft in Thüringen als vorbildliche Musterstaaten hinstellt, will man noch dahingehen lassen. Wenn er aber dann weiter mit allem Ernste erzählt, der Reichspräsident Ebert sei gar nicht gestorben, sondern lebe vergnügt auf seinen Schlössern weiter, während sein Sohn im Schloß von Caub, das ebenfalls seinem Vater gehört, ein herrliches Leben führe, wenn er davon spricht, daß der verstorbenen Stresemann als „ehemaliger Afrikaner“ (!) vom Reich

große Abfindungen erhalten habe und seiner Frau ein Vermögen von 30 Millionen hinterlassen habe, so liegt hier eine politische Brunnengiftung vor, die schon das Burleske streift. Immerhin muß dieser Nazi-Reisende schon gläubige Ohren gefunden haben, daß man ihn nicht schon längst mit solchen Behauptungen zum Tempel hinausgehauen hat. Im übrigen ist diesem Kerl ganz entgangen, daß Karl Marx ebenfalls noch lebt und in der Brünningischen Reichskanzlei geheime Dienste treibt und daß die vielen in der Schweiz investierten Milliarden restlos aus den Vermögen sozialdemokratischer Führer stammen.

Gutes Geld zum schlechten gelegt

Der erwählte Zehnpfeller

Es gibt immer wieder Begebenheiten, die man eigentlich nicht für möglich halten möchte. Wieviel Menschenfreundlichkeit auf der einen und Raffinesse auf der anderen Seite sich bemerkbar machen können, zeigt ein Vorfall, der sich am Sonntagvormittag abspielte. In einem Lokal in der Klosterstraße saß ein Mann und machte dort eine Zeche von 10 Mark. Als das bedienende Fräulein auf Zahlung drängte, da ergab sich, daß der „noble Gast“ kein Geld bei sich hatte. Er erzählte aber, daß er in Karlowitz wohne und seine Schuld schon bezahlen würde. Nun war aber auch ein Kraftwagenführer im Lokal und dieser erbot sich, den Mann nach Hause zu fahren, damit er Geld holen und seine Schuld bald bezahlen könne. In Karlowitz ging der Mann aber nicht in seine Wohnung, sondern auch in ein Lokal und hier mußte schließlich der Kraftwagenführer noch die Zeche bezahlen. Er hatte aber inzwischen die Polizei alarmiert und ließ den Zehnpfeller festnehmen. Es ergab sich dabei, daß der Betreffende nicht aus Karlowitz, sondern von der Neuen Weltgasse war.

Die Mundhygiene: Odol-Zahnpasta, Odol-Mundwasser, Odol-Zahnbürste

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Sozialpolitik und Verarmung

Ein allem Elend in Deutschland sind nur die Gewerkschaften schuld; Volk und Land können nur dann wieder geteilt werden, wenn ein scharf antigewerkschaftlich eingestellter Kurs ge-
wird. Diese Tonart wird neuerdings in der Schwarz-
presse wieder einmal besonders laut und aufdringlich
geschlagen. Warum, das ist leicht zu erraten. Auch die Schwarz-
schlagen, daß sich die Dinge allmählich zuspitzen, daß die
Regierung, ob sie will oder nicht, eine klare und be-
stimmte Marschrichtung einschlagen muß. Um eine scharf rechts-
gerichtete Marschrichtung zu erzwingen, daher die neue Krupel-
und wachstumsfähige unerschämte Hege gegen die
Gewerkschaften. In dieser Hege tut sich die Deutsche
Presse eine Zeitung" besonders hervor. Sie offeriert dem
Leser gleich ein fertiges Antigerwerkschaftsprogramm.
Es heißt in einer bummelnden Verleumdung der Gewerk-
schaften, die mit der Verarmung unseres Volkes ebenso-
rechnete, wie mit dem verlorenen Krieg, die den Irnwahn
allein getragen werden, ist für die himmelschreiende
Not der Gegenwart in erster Linie verantwortlich."

Ein hartes Stück! Nur Leute, die wider besseres Wissen
hagen, können den freien Gewerkschaften vorwerfen, sie
ins Blaue hinein, ohne jede Berücksichtigung der durch den
Ausgang geschaffenen Schwierigkeiten Sozialpolitik ge-
Das Gegenteil ist richtig. Tausendmal ist das in der
dargelegt worden. Wenn sich die Schwarzschreiber aber
den Gewerkschaften belehren lassen wollen — was man
ihnen angesichts ihrer sattem bekannten Arroganz auch nicht
ermarten kann — so könnten sie doch auf Stimmen hören,
die sie respektieren dürften. Wir wollen sie auf eine solche
aufmerksam machen. Es ist die Stimme des Reichsbank-
präsidenten Dr. Luthar, der dieser Tage in Luxemburg über die
gesprochen hat. Luthar sagte dabei u. a. nach einer Mit-
teilung der „Frankfurter Zeitung“: „Die Steigerung der öffent-
lichen und sozialen Ausgaben in der Nachkriegszeit auf 28 Milliar-
den (von 8,4 Milliarden 1913) ist nicht ein Zeichen deutscher
Verarmung, sondern deutscher Armut. Zieht man
den Vergleich dieser Zahlen den gesamten Goldwert, die
Bevölkerung und die gesamten inneren und
Kriegskosten in Betracht, so ergibt sich eine Steigerung
von 69 Prozent, gegenüber 87 in England, 90 in Schweden,
in der Schweiz. Wenn man die Aufwendungen privater Wohlfühl-
pflege in den anderen Ländern, die in Deutschland infolge
Verarmung nur eine ganz geringe Rolle spielen, noch berechnet,
so würde sich dieser Prozentsatz wohl noch stark zu Gunsten
Deutschlands ändern.“

Setzt man die von Luthar erwähnten 28 Milliarden in ihre
eigenen Bestandteile, dann zeigt sich erst recht, daß in Deutsch-
land keineswegs sozialpolitisch des Guten zuviel getan worden ist.
Kriegsfolgen bestanden für Deutschland in einem un-
erwarteten Elend, und zur Eindämmung dieses Elends war eine
Steigerung der öffentlichen und sozialen Ausgaben einschließ-
lich der Leistungen der Sozialversicherung unbedingt not-
wendig. Wie diese Milliarden öffentlicher und sozialer Aus-
gaben all die Leistungen, die anlässlich einer Lebensspannung
Verorgungsbedürfnissen entstanden sind, waren zu einem großen
Teile nichts anderes als Kosten sehr zweckmäßiger und rentabler
Maßnahmen zur hygienischer, wirtschaftlicher und politischer
Erhaltung. Wenn Deutschland nach dem Krieg sich auf den Stand-
punkt gestellt hätte, es müsse, da der Krieg verloren sei, zur Ein-
sparung der Not weniger ausgegeben werden als vor dem
Krieg — eine solche kurzfristige Rechnung wäre ihm im Laufe der
letzten Jahre wiederholt sehr teuer zu stehen gekommen.
Nun, was soll man das noch besonders betonen? Auch die
Schwarzschreiber wissen nur zu gut, daß die deutsche Sozialversicherung
mit vor kurzem erst am Beispiel der Invalidenversicherung
nicht haben, eine ungeheure aus den Kriegsfolgen stammende
Last mitgeschleppt haben und heute noch mitschleppen. Auch sie
wissen, was der Reichsarbeitsminister vor nicht allzu langer Zeit
auf dem Reichstage hervorhob, nämlich die unvergleichlichen
Leistungen, die in der Sozialversicherung Arbeiter und Angestellte
nur für ihre Berufs- und Standesangehörigen, sondern auch
für die Gesamtheit gebracht haben — Opfer, so groß, daß
die Angehörigen der Hege der Sozialreaktionäre der Ruf laut wird:
Sozialversicherung zuerst den Verscherten!

Die Gewerkschaften haben sich im Laufe der Nachkriegszeit
Kampf gegen das allgemeine Elend sehr weitherzig
gezeigt, weil andere Leute weniger hilfsbereit waren. Jetzt be-
kommen sie den Dank dafür, nämlich einen Zutritt von den Herr-
schenden, denen verelendete Massen wahrscheinlich längst an
Kragen gegangen wären. Nun — wenn es nicht anders sein
kann — die Schwarzschreiber können in Deutschland noch manche Ueber-
zeugung erleben. Sie sind bereits auf dem besten Wege zu solchen
Betrachtungen.

Was soll diese Hege?

Seit einiger Zeit beschäftigen sich in Holland die bürger-
lichen Blätter sehr eingehend mit der Notlage der nieder-
ländischen Arbeitssachen in Deutschland. Es
handelt sich dabei in den meisten Fällen um eine verschleierte
Hege gegen die deutschen Arbeitskräfte in
Holland. Zu einer solchen Hege besteht jedoch wirklich kein
Anlass. Nach holländischen Blätterstimmen sollen sich in Deutsch-
land etwa 60 000 Niederländer und in Holland etwa 50 000
deutsche Arbeitskräfte befinden. Diese Zahlen erscheinen uns nicht
richtig. Holländer, die in Deutschland Befreiungsscheininhaber
sind, gibt es in der Industrie rund 17 000. Dazu kommen noch
Holländer, die sonst die erforderliche Genehmigung haben,
als in der Industrie, ist nicht gut anzunehmen. Aber wie
auch sein mag: der Holländer kann sich in Deutschland nicht
erschließen Behandlung im Fall von Arbeitslosigkeit bekla-
gen. Er erhält 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung, während der
zeit in Holland keine Unterstützung erhält, wenn ihm seine
Möglichkeit keine Möglichkeit zum Anschluß an eine Gewerkschaft
Unterstützungseinrichtungen bietet. Die Unterstützung dauert
nicht 26 Wochen wie in Deutschland.

Daß die Gemeinden sich ausgebeugte Ausländer gerne vom
Land schaffen, nimmt angesichts der Finanzschwierigkeiten nicht
überraschend. Im übrigen sind wir von einer internationalen
Regelung des Ausländerkapitals im Arbeitslosenproblem noch
weit entfernt. Allein der Nationalismus — er ist heut-
tutage bei der Diplomatie wieder Trumpf — kennt ja nur den
eigenen Grundbesitz; Jeder ist sich selbst der Nächste.

Der Lohnkonflikt im Berliner Fuhrergewerbe

Schiedspruch ohne Lohnsenkung

Berlin, 11. Mai.

Im Lohnkonflikt im Berliner Schwer- und Leicht-Fuhrer-
gewerbe, der, wie gemeldet, in vielen Betrieben zum Streit
geführt hat, wurden heute vor dem Schlichtungsausschuß die
Verhandlungen fortgesetzt. Nach mehrstündiger Verhandlung
wurde einstimmig ein Schiedspruch gefällt, der die bisherigen
Wohngeldsätze beibehält mit der Maßgabe, daß das Lohnabkommen
mit monatlicher Frist erstmalig zum 31. August dieses Jahres
geändert werden kann. Auch die Bestimmungen des Mantel-
tarifvertrages bezüglich der Urlaubs- und Krankengeld-
bestimmungen bleiben, von unwesentlichen Änderungen ab-
gesehen, die gleichen. Die im Gesamtverband organisierten
Arbeitnehmer nehmen morgen Abend zum Schiedspruch Stellung.

Bergarbeiterverbände nehmen den Schiedspruch an

Bochum, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter
Deutschlands beschloß am Sonntag mit großer Mehrheit, den von
den Unternehmern abgelehnten Manteltarifschiedspruch für den
Ruhrbergbau anzunehmen. Die Bergarbeitervertreter ließen sich
dabei von der Ermüdung leiten, daß der Manteltarif durch den
vorliegenden Spruch in seinen wesentlichen Bestandteilen unver-
ändert bleibt.

Die übrigen Bergarbeiterverbände haben dem Schiedspruch
am Sonntag ebenfalls zugestimmt.

Die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn hatten im
Direktionsbezirk Essen auf 1486 Stellen der Hälfte
aller Wahlstellen folgendes vorläufige Ergebnis: Einheits-
verband 3594, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 2656, RGD, 324,
Nationalsozialisten 390 Stimmen.

Verband schlesischer Konsumvereine gegen Brotpreisenerhöhung

Der Verband schlesischer Konsumvereine hielt am 9. und
10. Mai in Hirschberg seinen 61. Verbandstag ab.

Die Leitung des Verbandstages hatte Geschäftsführer
Oswald-Görlich in Händen, der die anwesenden Vertreter, zu
gleicher Zeit aber auch die anwesenden Behörden- und Gewerk-
schaftsvertreter begrüßte. In Vertretung des Regierungs- und
Oberpräsidenten würdigte der Oberbürgermeister von Hirschberg
dem Verbandstag einen guten Verlauf. Von der Großhandels-
gesellschaft war Herr Eberling erschienen, vom Zentralverband
Herr Bäßlein, vom WGB, Genosse Wierlich, vom Zentral-
verband der Angestellten Genosse Wachsker, vom Gesamtverband
Genosse Przybilski.

Zu dem Verbandstag hatten 60 Genossenschaften aus Schlesien
ihre Vertreter entsandt, die den Bericht über das abgelaufene
Geschäftsjahr entgegennahmen und Richtlinien für das neue Ge-
schäftsjahr aufstellten. Aus dem Bericht des Verbandesekretär
Hübner war zu entnehmen, daß auch im letzten Jahre wiederum
eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Der Mitglieder-
bestand beträgt 216 985, von denen 131 759 in gewerblichen Be-
trieben gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt waren. Obwohl das
Reisenjahr 1930 noch eine Umsatzsteigerung und zwar von
4,9 Prozent aufweist, ist trotzdem schon die Wirtschaftskrise zu
spüren, da die Steigerung im Vorjahr 10,5 Prozent ausmachte.
Insgesamt wurden im Verbandsgebiet für 71 360 547 Mark
Waren umgesetzt. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied betrug
326,87 Mark und ist um 1,87 Mark höher als im Vorjahre. Daß
die Wirtschaftskrise besonders bei uns in Schlesien außer-
ordentlich stark auswirkt, ist an dem Durchschnittsumsatz je Mit-
glied zu ersehen, der im Zentralverband 411 Mark beträgt. Die
Eigenproduktion hat ebenfalls erfreuliche Fortschritte gemacht
und ist die Zahl der Genossenschaften, die Eigenproduktion be-
treiben, von 14 auf 16 gestiegen. Der Wert der selbst erzeugten
Waren ist mit 17 581 111 Mark festgesetzt. Die Spareinlagen
zeigen im Jahre 1930 noch eine steigende Tendenz und sind die-
selben um 1 188 857 Mark auf 13 392 095 Mark gestiegen. Ebenso
weist die Konsumgenossenschaftliche Feuer- und Sachversicherungs-
gesellschaft „Eigenhilfe“ ein weiteres Wachstum auf. Die Bilanz
im Gesamtverbande schließt mit 29 979 894 Mark und betragen
hiervon die Warenbestände 35,7 Prozent, denen eigene Mittel
von 21,8 Prozent gegenüberstehen.

Nach dem Geschäftsbericht hielt das Vorstandsmitglied des
Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Genossenschaftler
Bäßlein, einen Vortrag über: „Wirtschaftsnot und Konsum-
genossenschaften“, aus dem besonders hervorgehoben sein mag,
daß in der Wirtschaft ein ständiger Auf- und Niedergang zu ver-
zeichnen sei. Dieser Krisenwirtschaft soll die Konsumgenossen-
schaftliche Bedarfsbedarfswirtschaft, Planwirtschaft, entgegen-
wirken. Jetzt steht, daß die deutsche Landwirtschaft in den letzten
Jahren mehrere Millionen Mark Unterstützung aus Staats- und
Reichsmitteln erhalten hat. Es soll zugegeben werden, daß die
Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse die Preise erhalten soll, die
sie braucht, aber die ausgeworfenen Unterstützung sollen nicht
dazu dienen, um der Eigenbrötelei der Landwirtschaft zu dienen.
Nachdem die Regierung ein großzügiges Programm zur Roggen-
stützung unternommen hatte, konnte trotzdem der Roggenverbrauch
nicht erhöht werden, im Gegenteil, es mußten 800 000 Tonnen
Roggen zu Futterzwecken konfiziert werden. Weiter aber wurden
die Roggenzölle erheblich erhöht. Es trat dann ein Mangel an
Roggen ein, deren Folgen wir an den hohen Brotpreisen zu
spüren bekommen. Wenn heute von Regierungsseite über die
hohen Brotpreise geschimpft wird, so ist dem gegenüber zu halten,
daß sie durch die Erhöhung der Zölle einen recht erheblichen
Teil zu der gegenwärtigen Brotpreisenerhöhung beigetragen hat.
Neben dieser Roggen-Zollerhöhung sehen wir aber auch ein
weiteres Steigen der Weizen- und Schweinezölle, die eine erheb-
liche Belastung der Verbraucherschaft mit sich bringt. Es wird
schwer halten, irgend jemand zu finden, der die Steigerung der
Lebensmittelzölle mit dem sogenannten Preisabbau, gemeint ist
wohl Lohnabbau, in Einklang bringen kann.

Auf die Not der Bevölkerung neben ebenwennig die be-
stehenden Kartelle und Syndikate Rücksicht. In welcher Weise
hier bereits Politik getrieben wird, ist an dem Eisenstrich zu sehen,
der bei hochstehenden Eisenpreisen einen 15-jährigen Lieferungs-
vertrag mit dem Auslande abgeschlossen hat. Die Folge dieses
Vertrages wirkt sich nun so aus, daß bis 1940 die hohen Eisen-
preise gezahlt werden müssen, was sich naturgemäß auf die
Schlüsselindustrie auswirkt und auch hier eine Verbilligung der
Preise verhindert. Die Regierung verlangt zwar von den Bäckern
und den Konsumgenossenschaften eine Brotpreis-Herabsetzung, die
durch Zölle hochgemorden sind, aber sie hat keine Macht gegen die
Kartelle in entsprechender Weise vorzugehen. Die gesamte deutsche
Wirtschaft wurde aber durch die Wahl des 14. September 1930
stark erschüttert. Während die Reichsbank am 13. September noch
3,9 Milliarden Gold und Devisen ausgewiesen hat, sind am
13. Oktober nur noch 2,7 Milliarden vorhanden. Das Ausland,
welches die Vorgänge in Deutschland stark beachtet, hat im Ver-

folg dieser Wahl 1,2 Milliarden Mark Kredite zurückgezogen und
somit der deutschen Wirtschaft entzogen. Hinzu kommt, daß die
deutsche Reichsbank ein Defizit von 800 Millionen Mark zu ver-
zeichnen hat. Landwirtschaft und Raiffeisen-Bank haben im
letzten Jahre durch die Preukontasse 92 Millionen Mark erhalten,
während die Konsumgenossenschaften nicht einen Pfennig öffent-
licher Mittel beanspruchten. Wenn trotzdem der Kampf gegen die
Genossenschaften mit aller Schärfe geführt wird, so ist darin nur
Neid und Mißgunst über die Erfolge der deutschen Genossenschafts-
bewegung zu erblicken. Wir fordern gleiches Recht für alle und
nicht, wie man neuerdings wieder heuchelt, den Konsum-
genossenschaften eine vierfache Umsatzsteuer aufzubürden, obwohl
sie bereits mit einer erheblichen Umsatzsteuer und einer Sonder-
steuer stark belastet sind.

Nach dem mit Beifall ausgenommenem Referat machte sich
der Verbandstag die Entschlieung des Generalrats deutscher
Konsumvereine zu eigen, die in folgendem Wortlaut wieder ge-
geben wird:

Anfolge der anhaltenden Erhöhung der Preise
für Weizen und Roggen ist die Brotherstellung seit langer
Zeit nur mit Verlust möglich. Eine Preiserhöhung für Brot ir-
ganzen Reichs ist unbedingt notwendig, wenn nicht sofort Herab-
setzung der Zölle für Weizen und Roggen erfolgt. Der in Hamburg
tagende Generalrat des Zentralverbandes deutscher Konsum-
vereine, bestehend aus 170 Funktionären aus dem ganzen Reich,
hat die folgende Entschlieung einstimmig gefaßt:

Nach dem Zolländerungsgele vom 28. März 1931
ist die Reichsregierung verpflichtet, eine Er-
höhung der Brotpreise durch geeignete Maß-
nahmen zu verhindern. Inzwischen ist jedoch eine weitere
Steigerung der Brotpreise eingetreten, die eine schwere Belastung
der unter der Wirtschaftskrise leidenden, unbemittelten Ver-
braucher bedeutet. Die an die Brothersteller gerichtete Forderung,
die Brotpreise trotz der erneuten Steigerung der Mehlpreise nicht
zu erhöhen, ist eine große Unbilligkeit, die für die Brothersteller
ruidös wirkt und sich volkswirtschaftlich nicht verantworten läßt.
Die Reichsregierung kann die übernommene
Verpflichtung nur erfüllen, wenn sie durch eine
ausreichende Ermäßigung der Zölle eine Sen-
kung der Getreide- und Mehlpreise bewirkt und
damit die Brotpreise zu Gunsten der Verbraucher beeinflusst. Der
Generalrat fordert dies von der Reichs-
regierung. Wir bitten dringend, sofortige Herab-
setzung der Zölle für Weizen und Roggen zu ver-
anlassen.“

Hierauf hielt der Leiter der Fortbildungskommission
deutscher Konsumvereine Genossenschaftler Sierakowsky einen recht
interessanten Vortrag: „Mit der Genossenschaft zur neuen Lebens-
form“. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Genossenschaften
eine von den vielen Unternehmungsformen in der kapitalistischen
Wirtschaft sind, ist der Genossenschafts-gedanke Gemeinschafts-
gedanke und damit Allgemeinut geworden. Noch stehen diesem
Gemeinschafts-gedanken viele Menschen unwillig, vielleicht sogar
blöde gegenüber. Die Genossenschaft ist eine Vereinigung zer-
splitteter Kräfte, die ihr Augenmerk nicht nur auf materielle
Güter richtet. Die Vereinigung kapitalistischer Kräfte, wie wir
sie in den Kartellen, Syndikaten und Trusts sehen, richtet ihr
Augenmerk jedoch nur auf die Erzielung materieller Vorteile.
Anders sieht es dagegen in der Genossenschaft aus. Hier will man
den Menschen nicht nur zur Güterverteilung und Erzeugung er-
ziehen, sondern er soll zu höchster, wirtschaftlicher Leistung heran-
gezogen werden. Hier handelt es sich nicht um Geld, sondern um
Menschen. Die genossenschaftliche Organisation ist demnach höchste,
wirtschaftliche Kunst mit hohem, geistigen Inhalt. In ihr wohnen
starke Kräfte idealer Natur. Eigenproduktion und gerechter Preis
sind nur ein Teil des Inhalts der Bewegung. Wäre der große,
geistige Inhalt, die ideale Seite der Bewegung, nicht vorhanden,
so wäre die Genossenschaft nichts weiter als ein etwas groß
gewordener Krämerladen. Das Wesen der Genossenschaft ist aber
Selbsthilfe, gegenseitige Hilfe. Materielle Vorteile Einzelner,
haben materielle Nachteile der anderen, des übergroßen Teils, zur
Folge. In der Genossenschaft herrscht Demokratie. Demokratie ist
Selbstverwaltung, zwingt zur Selbsttätigkeit, zwingt zur Unter-
ordnung unter den Willen der Gemeinschaft, das befehligt dann
auch Hilfe jedem einzelnen, der dieser Gemeinschaft angehört. Mit
der Genossenschaft wollen wir eine neue Kultur erzielen, die den
Menschen zu einem höheren Aufstieg bringt.

Sierakowsky erntete für diesen Vortrag lebhaften Beifall
und wurde aus der Mitte der Versammlung heraus angetert,
diesem Vortrag, wenn irgend möglich, im Rundfunk zu wiederholen.

Nachdem dann noch der Bericht über die Verbands-Kassen-
revisionen entgegengenommen wurde, wurde der Vorschlag für
das Jahr 1931 genehmigt und beschlossen, den Verband schlesischer
Konsumvereine in das Verzeichnisregister eintragen zu lassen, damit
er die Rechte einer juristischen Person wahrnehmen kann. Es er-
folgte dann noch die Wahl zum Vorstand, Aufsichtsrat und
Generalrat.

Klugheit beweisen!
für alle Speisen:

Lanella
MARGARINE

1/2 lb 35
DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE

Tierschutzvereine tagen

Wie W. Niehl den Breslauer Tierschutzverein desorganisiert und „verwertet“ Gegen das Varenführen — Tierquälereien nehmen ab

In Striegau traten vorigen Sonnabend die Delegierten der niederen und mittelschleischen Tierschutzvereine zu ihrem 52. Verbandstage zusammen, bei dessen Gelegenheit gleichzeitig der gastgebende Verein sein 70jähriges Bestehen festlich beging.

Aus dem Bericht des Schriftführers Heinrich Breslau ersah man, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auch bei den Tierschutzvereinen nicht ohne Einfluß geblieben sind. Der Verband verlor außerdem durch die Abtrennung der ober-schlesischen Vereine und die Zerpfitterungsarbeit des Streblener und Breslauer Vereins nicht wenig Mitglieder. Einige dem Verbandsangehörige Vereine sind dem Erliegen nahe, was nun im Interesse der Tierschutzbewegung sehr zu bedauern sei. Doch das dürfe die bestehenden Vereine nicht hindern, weiter den Ausbau des Tierschutzes zu fördern. An der Spitze der Vereine, die im letzten Jahre starken Zuwachs an Mitgliedern buchen konnten, stehen die Ortsgruppen Landes- und Striegau.

Die Anträge der Vereine auf Bestrafung von Tierhaltern wegen Quälereien sowie Anzeigen wegen Fangens von Vögeln sind beträchtlich zurückgegangen. Offenbar sei dieser Rückgang auf das energische Eingreifen der Vereine in den letzten Jahren zurückzuführen. Den Vereinen wird empfohlen, sich zukünftig außer dem Tierschutz auch mehr mit dem Vogelschutz zu beschäftigen. Beim Vorstand gingen wiederholt die Anträge ein, bei der Regierung energisch gegen das Herumziehen mit den Langbären zu protestieren, da das eine Tierquälerei ersten Grades sei. Es wurde erreicht, daß im Breslauer Regierungsbezirk Gewerbeämter hierfür nicht mehr ausgegeben werden und die Polizeiinspektionen sowie die Landjägerämter angewiesen sind, die Varenführer bei Tierquälereien sofort aus der Stadt oder Gemeinde zu verweisen. Dem Leiter des Breslauer Zoos wurde vor kurzem in einer Breslauer Zeitung Tierquälerei vorgeworfen. Der Verbandsvorstand hat sich darauf mit der Sache befaßt und konnte nur feststellen, daß an der Tatiz nicht ein Fünkchen Wahrheit war. Die Kassenverhältnisse beim Verband haben sich nicht wesentlich verändert.

In Bunzlau ist vor einiger Zeit ein Tierschutzverein

gegründet worden, der nun durch Beschluß des Verbandstages aufgenommen wurde. Das Ausschreiben der Vereine Strehlen und Breslau wurde auf dem Verbandstag lebhaft kritisiert. Der Ortsverein Breslau, in dem bekanntlich der „Chef“redakteur des Wochenblattes „Zeit am Montag“, W. Niehl, neuerdings die führende Rolle spielt und das Ungenügende mit dem Wohlwollen der Propaganda für sein Blatt verbindet, ist aus dem Verbandsausgeschieden, da der Verband den beantragten Erlaß eines Jahresbeitrages nicht zuließ und den Breslauern das Stimmrecht während der Zeit, wo keine Beiträge bezahlt werden, nicht zuerkennen konnte. Die Verbandstagsdelegierten wandten sich energisch gegen den Breslauer Verein und rügten die Arbeitsweise des derzeitigen Vorsitzenden, unter dessen Leitung die haarsträubendsten Verhältnisse Platz gegriffen haben. Er benutze seinen Vorstandsvorsitz nur, um für seine Zeitung Reklame zu machen und habe ein Tierheim ohne Genehmigung der Breslauer Vereinsmitglieder errichtet, was jetzt infolge der großen Spenden nicht gehalten werden kann. Der Vorstandsvorstand wird ersucht, einen neuen Verein in Breslau zu begründen, wenn dort in nächster Zeit keine Veränderung eintreten sollte.

Weiterhin wurde gemäß verschiedener Anträge eine Statutenänderung vorgenommen. Ein Antrag auf Erreichung eines allgemeinen Verbotes gegen das Herumziehen mit Langbären wird an die Regierung weiter gegeben werden. Der Wüstegiersdorfer Verein ersucht in einem Antrag, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit man vom Bau der Teerstraßen Abstand nehmen soll und Provinzial- und Kreisstraßen wieder mit Steinen zu festigen, da auch hier eine Tierquälerei (?) und bei der Glätte eine Gefahr für Mensch und Tier erblickt wird.

Nach Neuwahl des bisherigen Vorstandes bestimmte man Schweiß als die Tagungsstätte für den nächsten Verbandstag. Die Tagung nahm am Sonntag vormittag auf der Kreuzberg-Baude ihren Fortgang, wo noch verschiedene kleinere Vereinsangelegenheiten zur Sprache gebracht wurden. Nach gemeinsamer Mittagspause hielt Bürgermeister Schelte-Striegau auf dem Breiten Berg einen kurzen historischen Vortrag über die Schlacht bei Hohenfriedberg. Offenbar hielt er dies für das geeignetste Thema im Rahmen einer Organisation, die sich gegen die Qual der Kreatur richtet!

geben seien und die Funktionäre dieser Organisation für die Republik vorwiegend ehrenamtlich leisteten. Diese Antwort hatte die verblüffende Wirkung, daß der treuen republikanischen Überzeugung des Strius Schlag vorbei war. Er wurde im Handumdrehen nach Schimpf jetzt berufsmäßig auf die sozialdemokratischen Kommentare überflüssig.

Leichenfund in der Oder

Am Sonnabend nachmittag sahen Kubere bei der Oder einen leblosen Mann treiben. Sie riefen den wehr herbei, der es auch gelang, die Leiche in der Stromschnelle zu bergen. Es handelt sich um einen 60 Jahre alten Mann. Die Leiche wies in der Herzgegend Stichwunden auf und es wird vermutet, daß der Mann, scheinbar ohne Bewußtsein, ertrunken und dann in der Oder geworfen wurde.

Glogauer Eingemeindung genehmigt

Der Preussische Landtag stimmte, wie aus Berlin wird, dem Gesetzentwurf über die Aenderung der Grenzen der Stadt Glogau endgültig zu.

Bunzlau. Drei Todesopfer der Benzinexplosion. Bei einer Benzinexplosion, die sich beim Reinigen von mit Benzin am 13. April in der Wohnung des Gefäßhüfers ereignete, war, wie seinerzeit gemeldet, das zum Schützen der Eheleute Hüfer sofort getötet worden. Am Tage war das sechzehnjährige Dienstmädchen Elise Störben. Nun ist nach langem Leiden auch die 24jährige Hüfer ihren Verletzungen erlegen.

Görlitz. Orden der Republik. Die Preussische Regierung teilt mit: Als Zeichen seines selbstlosen und erfolgreichen Arbeit auf dem Gebiete der Pflege insbesondere der Leibesübungen, hat der Minister für Volkswohlfahrt dem Kaufmann Ernst Weidner in Görlitz eine Plakette verliehen.

Jauer. Vom Auto erfaßt. Auf der Chaussee Jauer wollte ein Kraftwagen der „Jauerer“ Fabrik drei Wanderburischen überholen. Da zwei von ihnen rechts und einer nach links auswichen, kam der Chauffeur mit dem Wagen erfaßt den nach links Ausweichen der schwer verletzt wurde.

Alt-Mohlau. Der Zug nach dem Westen. Hier zwei jugendliche polnische Arbeiter festgenommen, die bei der Grenze übergriffen hatten. Sie machten einen vollen wahren Eindruck. Auf Befragen gaben sie an, sie in Deutschland Arbeit suchen. Das Amtsgericht Mohlau ihre Ueberführung in das Amtsgericht Breslau an.

Schweidnitz. Ungetreuer Konkursverwalter. Das Verzeichnis des Bütgerevisors Jarden hat hier erst Aufsehen hervorgerufen. Er verwaltete mehrere Konkursfälle in der Provinz. In mehreren Fällen, die zur Konkursmasse gehören, haben Haftbefehle erteilt und eine amtliche Untersuchung eingeleitet worden. Das vorläufig festgestellte Defizit gegen 15 000 Mark.

Kontau, Kreis Guttentag. Fleischvergiftung. Eine schwarze Schafschafung. Nach dem Genuß von das von einem heimlich geschlachteten, tollkühn gefüllten Schwein stammte, erkrankte hier ein Ehepaar. Der Jünger Mannes ist hoffnungslos.

Kabachhammer. Grenzverletzung. Dieser Tage hier eine deutsche berittene Schutzpolizei patrouille, die die Grenze entlang ritt, versehenlich einige Meter auf polnisches Gebiet. Der Tatbestand wurde durch deutsch-polnische Kommission festgestellt, wobei man bemerkt das Terrain durch Umpflügen unübersichtlich geworden und Grenze daher nicht ohne weiteres erkennbar war.

Kattowitz. Tod unter Tage. Auf dem Nidelschlag wurde der Häuer Heinrich Kubiska von einwirkenden Gasen verschüttet und erschlagen. Nach mehreren Stunden konnte keine Leiche geborgen werden. Auf der Ferdinandgrube wurde der Führer einer Grubenlokomotive unter angeblich infolge eigener Unvorsichtigkeit, zu Tode gequält.

Ples. Jugend, die am Leben verzweifelt. Sechzehnjährige Anna Jaisel aus Wilkowitz, hat durch Töten von Eßigläure ihrem jungen Leben ein Ende bereitet. Ursache zu dieser Verzweiflungstat ist in Arbeitslosigkeit und Not zu suchen.

Neuborf, Polnisch-Schlesien. Wild-West-Weber. Mit vorgehaltenem Revolver zwangen drei in einem Auto gefahrene Männer den Kassierer des Neuen Bankvereins Herausgabe des Barbestandes und flüchteten sodann. Den räubern sind etwa 3500 Floty in die Hände gefallen.

Jägerndorf, Tschschisch-Schlesien. Das weltliche des Breslauer Bischofs. Wie unser Troppauer Blatt berichtet, beträgt das Vermögen des Breslauer Bischofs in der tschschisch-slawischen Republik 33 600 Hektar in Grundbesitz, in welchem auch der Großgrundbesitzer Jauernig vier Meierhöfen, sechzehn ausgebreiteten Revieren und Schlössern inbegriffen ist. Der Waldbesitz allein wird 100 Millionen Kronen geschätzt.

Aus der Umgebung

Janowitz. In der Funktionärziehung der heitsgemeinschaft Nordost, an der 36 Funktionäre, Arbeitsgemeinschaft und Vertreter verschiedener Ortsgruppen sowie des Reichsbanners teilnahmen, berichtete Genosse K über den Bezirksparteitag. Der Bericht und die Darlegung über die politische Lage veranlaßte Genossen Schiffer längeren Ausführungen. In der angeregten Aussprache die Genossen Seims, die Genossen Röhig, Kump und Göttsch Wort. Genosse Röhig brachte folgende Entschließung ein, einstimmig angenommen wurde: „Die in Janowitz sammelten Funktionäre der SPD-Arbeitsgemeinschaft Nordost sprechen ihrem Vorsitzenden, Genossen Kump, Beauftragten der Mitgliedschaft erneut das Vertrauen aus gegen anderen Behauptungen stellen wir fest, daß er bei letzten offiziellen Logungen der Partei beim auf dem Parteitag in vollem Einverständnis mit der Mitgliedschaft handelt und gestimmt hat. — Wir fordern auch heute die Zukunft eine Bekämpfung der Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Brüning.“

Brodau. Polizeilicher Wochenbericht. In Woche vom 3. Mai bis 9. Mai wurden folgende strafbare Taten zur Anzeige gebracht: Diebstahl 1, Diebstahl 2, Einbruchdiebstahl 2, Uebertretungen: Radfahrverkehr 3, gefunden wurde eine Aktentasche und ein Koffer abgegeben.

Sozialdemokratische Partei. Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Niesky. Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau). Zimmer 17. Telefon 9064, 9061. Sperrstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 18-19.

Meißelwitz. Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrt) abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Saugwitz. Brodau. Freitag, den 15. Mai 20 Uhr bei Rende Mitgliederversammlung. Redner: Genosse E. Junts.

Am Drahtzaun der katholischen Volksschule darf der 1. Mai nicht gefeiert werden

Im Preussischen Landtag haben Abgeordnete der Zentrumsparlei folgende Große Anfrage eingebracht:

Am 1. Mai ist in Oppeln ein Umzug der Kommunisten von der Polizei auf den der katholischen Kirchengemeinde gehörenden Platz vor der Peter-Pauls-Kirche geleitet worden, wo der Zug sich bis an die Mauer der Kirche und des Pfarrhauses und an den Drahtzaun des katholischen Schulgrundstückes (!!) ausbreitete. Die Demonstrationen führten Plakate mit, die zum Austritt aus der Kirche aufforderten. Die Genehmigung zur Benutzung des Platzes soll der Herr Polizeipräsident Ostrowski vor sich aus auf besonderes Ersuchen der Kommunisten erteilt haben, obwohl dieser Platz bisher nur für überparteiliche Veranstaltungen und zwar immer erst nach eingeholter Zustimmung des katholischen Kirchenvorstandes benutzt worden ist. Es kam noch hinzu, daß die verheerende Veranstaltung zu einer Zeit stattfand, in der die Kinder der Volksschule eben Pause hatten. Die Bevölkerung des zu 85 Prozent katholischen Oberschlesiens ist über diese Rücksichtslosigkeit empört und erblickt darin auch eine Mißachtung der vom Herrn Ministerpräsidenten kürzlich erst erneuert proklamierten Achtung vor der Ueberzeugung anderer. Wir fragen das Staatsministerium an: 1. Ist ihm dieser Vorgang bekannt? 2. Welche Maßnahmen gedenkt es zu treffen, um dieses rücksichtslose Vorgehen des Polizeipräsidenten würdig zu ahnden? 3. Welche Anordnungen gedenkt es zu treffen, um derartige Vorgänge in Zukunft unmöglich zu machen?!

Da der 1. Mai in erster Linie ein Feiertag der organisierten Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie, denn der, außerhalb Oberschlesiens wesentlich weniger bedeutungsvollen, KPD ist, scheint die hier aufgeworfene Frage von nicht geringer grundsätzlicher Bedeutung; ganz abgesehen von personalpolitischen Wünschen, die im Hintergrund dieser Anfrage stehen dürften.

Zur Rechtslage dieses Falles haben wir bereits Stellung genommen. Polizeipräsident Ostrowski hat vollkommen korrekt gehandelt. Die allgemeine Ruhe und Ordnung ist im übrigen, wie aus der Anfrage selbst hervorgeht, nicht gestört worden. Um sie, und nicht um die Frühstückspause einer katholischen Volksschule — in der möglicher Weise nicht wenige Kommunisten-Kinder gewesen sein mögen — hatte er sich zu kümmern. Grundständige Bedeutung aber hat es, ob etwa auf Zentrumswünsche hin politische Demonstrationen mit den Profanierten gleichgestellt werden sollen, die ihrem Gewerbe in der Nähe von Kirchen und Schulen bekanntlich nicht nachgehen dürfen, ob für öffentliche Straßen und Plätze in der Nähe konfessioneller Schulen, die vorläufig wohl noch der staatlichen bzw. kommunalen Verwaltung unterstehen, ein Sonderrecht geschaffen wird.

Die Freidenkerhege treibt bereits bedenkliche Blüten in Deutschland. Auch die Zentrumsabgeordneten behaupten nicht, daß die — oh so zahmen — Oppelner Kommunisten etwa die katholische Religion in verletzender Form beleidigt hätten. Lediglich zum Kirchenaustritt haben sie aufgefordert. Das aber soll genügen, um eine Demonstration praktisch unmöglich zu machen, denn an dem fraglichen Tage waren sämtliche anderen in Frage kommenden Plätze in Oppeln belegt. Was die „überparteilichen“ Veranstaltungen anbetrifft, so scheinen in der Zentrumskolonie merkwürdige Begriffe vorzuherrschen. Auf dem Straßburger Platz fand nämlich erst kürzlich die bekannte Arbeitsamungsfeier statt, die auch ihre ostentative Schwarzweißrote Dekoration dazu geführt hatte, daß die freigeorganisierte Arbeiterklasse sich von ihr fern hielt.

Der Antwort der Preussischen Staatsregierung wird man daher mit Interesse entgegenzusehen können.

Treviranus kündigt an

In der Reichsregierung wurde dieser Tage der Minister zur besonderen Verantwortung der Reichsregierung, Treviranus, einen offiziellen Besuch und verhandelt dabei, was die Reichsregierung für den 1. Mai zu tun gedenkt. Bekanntlich ist, daß in dieser Hinsicht die Kommunisten und die Vertreter der Industrie, das heißt die Unternehmer, nicht über die Arbeitervereine organisiert eingeladen werden, die immerhin einen noch größeren Bevölkerungsanteil in Oberschlesien repräsentieren dürften, als die Herren über Kopf und Eisen.

Treviranus kündigte an, daß in Kürze für alle Betriebe mit einem Betriebsvermögen unter 500 000 Mark in den Dillsegebietsgebieten, also auch in der Provinz Oberschlesien, die Industriebelastung in Fortfall komme. Weiter sind bei der Reichsregierung Erwägungen im Gange, auch den Betrieben mit Betriebsvermögen über 500 000 Mark in besonders begründeten Fällen, wie dies bei den großen Werken in Oberschlesien im Gesamtinteresse bringen zu wünschen wäre, die gleiche Erleichterung zu gewähren. Eine amtliche Bekanntgabe dieser neuen Erleichterungen ist bereits am kommenden Dienstag zu erwarten. Fernerhin erklärt Treviranus, daß damit zu rechnen sei, daß außer der allgemeinen Steuerentlastung von 20 Prozent das gesamte Reichsgebiet Oberschlesien und die übrigen Dillsegebietsgebiete die vorjährige besondere Realsteuerentlastung auch für das neue Etatsjahr bekommen werden und das Kabinett die zur Verfügungstellung von besonderen Mitteln für den Kleinstwohnungsbau in den Grenzgebieten beschlossen habe, um dadurch wenigstens eine gewisse Belebung des Baumarktes im Dillgebiet zu erreichen. Nach einer Aussprache kam Treviranus außerdem auf sein Stedenpferd oder besser gesagt ziviles Schlachtroß, den freiwilligen Arbeitsdienst, zu sprechen und sagte zu, daß die Arbeitsmaßnahmen der Reichsregierung auch auf Oberschlesien ausgedehnt würden, um eine Preissteigerung zu verhindern. Zusammengefaßt ist also die Fürsorge der Reichsregierung für das Grenzgebiet im Osten im wesentlichen eine Steuerentlastungsaktion für die Industriebetriebe, während zu gleicher Zeit die infolge der Reichsgesetzgebung in schwierigen Finanzverhältnissen befindlichen Kommunen die Bürgersteuer zu vervielfachen im Begriffe sind.

Kleine Schlacht, große Wirkung

In Mittelwalde (Graßhaff Glog) betätigt sich seit einiger Zeit der Kazi-Wanderredner Strius. Dieser Strius war vor kurzer Zeit noch ein „treuer Republikaner“. Jedenfalls schrieb er vor nicht allzu langer Zeit an den Oberpräsidenten, Genossen Lüdemann in Breslau, beselänete sich als einen treuen Republikaner und fragte beiseiten an, ob nicht beim Reichsbanner ein Posten für ihn frei sei. Genosse Lüdemann antwortete ihm, daß beim Reichsbanner keine Posten zu ver-

Heraus zum Jugendtag nach Breslau

Die Demonstrationen des Weltfeiertages sind vorüber. Große Massen der Arbeiterklasse marschierten für die Forderungen des Tages und der Zukunft. Arbeiterkinder und Jugend bildeten überall bei den Aufmärschen die Spitze. Sie gingen in dem Bewußtsein voran, daß aus diesem Rot-Mai doch ein Rot-Sieg-Mai der Arbeiter kommen wird. Dieser Glaube an unser Werk ist unerschütterlich, selbst die unerhörte langanhaltende Not unserer Zeit kann uns davon nicht abbringen. Doch Glaube und Hoffnung allein genügen nicht, es gehört die Tatkraft der Menschen dazu, um den Glauben in die Wirklichkeit umzusetzen. Wer muß daran das größte Interesse haben?

Die Jugend des Proletariats

Sie hat noch das Leben vor sich, sie hat noch die Chance der Zukunft. Wir rufen die Jugend um dieser Chance willen. Habt Ihr dieses Leben satt, dann erlaßt Euch ein besseres. Nicht warten auf ein Wunder, nicht träumen von einem „Held“, der ein Paradies Euch schaffen wird — so etwas gibt es nicht — sondern vertraue auf Deine Kraft und die Kraft der Klasse, die allein kann Deine Wünsche erfüllen.

Zu dieser Erfüllung brauchen wir aber noch viele Kämpfer. Die Zahl der Menschen, die von uns noch nichts wissen, ist noch sehr groß. Darum Propaganda. Wir müssen jeden gewinbaren. Der Jugendtag in Breslau soll ein Propagandatum von größter Bedeutung werden. Mit Tage nach unserem Jugendtag will der Stahlhelm in Breslau sich zeigen, um neue vollereisende Gedanken zu propagieren, zum Schaden für uns Arbeiter. Diejenigen, die diesen Treiben soll der Jugendtag mit seiner Propaganda entgegenwirken.

Der großer der Kaufmann in Breslau sein wird, um so besser die Wirkung. Jedes Mitglied wird deshalb alles daran setzen, am Jugendtag teilzunehmen. Heraus Ihr Jungen und Mädel, die Zeit verlangt von uns, daß wir marschieren.

Freundschaft!

Der Bezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiter-Jugend 93, Max Seibel.

Völker werden gerettet!

Tropenlinie von St. Pauli — Ärzte, Tiere und Patienten aus aller Welt — Kampf den Mikroben

Wegen Erreichung der Altersgrenze ist der Gründer und bisherige Direktor des Hamburger Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Prof. Koch, in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde Prof. Fülleborn.

In der Tür steht „Archiv“. Reihe an Reihe, in selbgrauer, marschieren die Regimenter der Bände auf. Der Finger über Kolonnen statistischer Ziffern, bleibt an einer der hängen. Die springt hervor und ist gleich lebendig. Kranke, im Hofen aufgeteilt unter der gelben Flagge, von Malaria, Typhus, tropischen Fiebern, Schlafkrankheit, sind hier behandelt und geheilt worden.

Die Heilung des Maharadschah

Die Farmer waren darunter; arme Neger und Chinesen oder blinde Passagiere; Kapitäne, höchste Schiffsärzte, die furchtbaren aller Fieber griffen hoch und niedrig hinunter ins Zwischenende und hinauf zu dem ältesten Maharadschah, der eigens nach Hamburg kam, wußte, daß er, wenn überhaupt, nur dort gerettet werden würde. Das ist das Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten — Zentrum des hafenärztlichen Dienstes, eine Forschungsstätte und Krankenhaus, und auf seinen ein ein der bedeutendsten wissenschaftlichen Institute der Welt. Auf steiler Höhe, zwischen Reeperbahn und den St. Pauli-Engen liegt die gewaltige Burg weithin über Land und Meer. Aus ihren Fenstern sieht man hinaus über Hafen und Meer. Hier liegt bei Tag und bei Nacht über Millionen von Schwämmen. Hier berühren sich Mikroskosmos und Makroskosmos! Denn dies ist ganz deutlich: dort draußen ist der Größenkolosse, der Riesentrane, der großmächtigen Konstruktionen, gewichtig die dachartige Schornsteine — hier die Lipen und feinsten Gläser, Mikroorganismen, Beobachtung der Vorgänge, Forschung nach kleinsten Lebewesen mit kleinsten Geräten — die Welt der Mikrobenjäger!

Das Wert Kochs

Seine Entstehung verdankt sie den Erfahrungen des Jahres 1882, als in Hamburg die Cholera wütete. In demselben Zimmer, mit nur vier Gefäßchen zur Seite und dem primitivsten Hilfsmittel begann ein junger, unbekannter Hafenarzt, ein gewisser Dr. Koch, mit medizinischen Forschungen. Jahre später war sein Name bekannt! Ein kaum zu übersehendes, ganz ungewöhnlich reiches Arbeitsfeld war es, das der junge Arzt sich da mit Schläge erschließen hatte. Es erforderte einen ganzen, eine unermüdliche Hilfsbereitschaft, den echten Forschungsgeist und durst und ungeheuer viel Arbeit. Naturgemäß strömte in Welt haben eine Menge von Tropenkranken aller Nationen und eine solche Fülle seltener tropenmedizinischer Untersuchungsmaterials zusammen, daß eine planmäßige wissenschaftliche Bearbeitung geradezu ein Gebot der Pflicht wurde. Die Gelegenheit fügte es, daß sich das auswärtige Amt nach einer Ausbildungsstätte für deutsche Kolonialärzte. Die Einigung mit dem Hamburger Senat war bald. So beschloß man die Gründung dieses Instituts, das nachschon Erweiterungen und Wandlungen in seiner Geschichte von heute tatsächlich unübertreffbar ist.

Malariaforschung des Völkerbunds

Unzählige Beweise sprechen für seine Weltgeltung. Deutschland hat schon längst nicht dem Völkerbund beigetreten, als Koch schon mehrere Reisen des Malaria-Komitees des Völkerbunds leitete. Jetzt veranstaltet der Völkerbund allhier hier im Institut einen sechsmonatlichen Malariaforschungsbereich. Vereintigung der Freunde und Förderer des Tropenstudiums sind als Ehrenmitglieder zahlreiche Wissenschaftler, Ärzte und Politiker des gesamten Auslands; hier läßt sich zur Fortbildung spanischer und südamerikanischer Ärzte in spanischer Sprache erscheinende Zeitschrift herausgeben, die „Revista medica de Hamburgo“ in steigender Zahl schicken alle ihre Kolonialärzte zur Ausbildung her; hier arbeiten als Assistenten oder Hörer Ostafrikaner, Indier und Südamerikaner, Araber und Italiener, Holländer, die nach Niederländisch-Indien gehen — wo immer es auch um Zurückweisung ausbrechender Epidemien geht — wo schnelle Hilfe dringend verlangt, Not am Not und guter Rat teuer ist, da holt man die Ärzte dieses Instituts.

Ein Zoo der Seuche

Was in den vielen Laboratorien, die hier vereint sind, erforscht und erdacht wird, kommt in der zeitgemäß hergerichteten Krankenabteilung praktisch zur Anwendung. Experimentiert wird an Tieren. Dem Institut schließt sich das zweitgrößte Tierhaus an, und das ist vielleicht der reichhaltigste, der reichhaltigste der zoologischen Gärten. Was in den Käfigen und Hecken, die Herden von Affen und Hunden, Scharen Meeresschnecken und Kaninchen, Ratten und weißen Mäusen, Kanarienvögel und Papageien, sie sind samt und sonders wertige Träger furchtbarer Krankheiten — Soldaten des wissenschaftlichen Angriffs. Ein Mückenzimmer ist da mit tropischer Temperatur, im Glashausschwarzen giftige Fliegen, nebenan sind sich Klapperschlangen — da haufen sie zu Millionen, die töten, Würmer, Arthropoden, eingemischt in den Geweben, während vom Blut der Versuchstiere. Koch nennt man diese zahllose Opfer der ärztlichen Experimentierpflicht, aber sie

sind auch — heute schon — Anwärter auf sichere Heilung! Die Erreger und Verbreiter ihrer Krankheiten wissen wir zu vernichten, die Ursachen ihres Siechtums auszurotten.

Draußen im Paradies leiden Menschen. In lateinischen Worten verkünden die schwarzen Tafeln: Gelbfieber und Schwarzwasserfieber, Schlafkrankheit und Ruhr, Flecktyphus und Felminthen — aber sie verkünden keine Todesurteile mehr!

Gerettete Völker!

Wenn die Wissenschaft uns heute diese Macht verlieh — und wenn es ferner kaum noch Ärzte gibt, die ohne Schulung der mikroskopischen Diagnose nach Heberle gehen — so ist das zu einem großen Teil auf das Konto dieses Instituts zu buchen. Mehr als 1200 wissenschaftliche Arbeiten sind im Laufe der Jahre von ihm veröffentlicht worden; von hier hat die gewaltige Entwicklung wie sie die Tropenmedizin im letzten Jahrzehnt erlebte, ihren Ausgang genommen, hat von hier aus wertvolle Beiträge zur Sicherung erfahren. Hier ist zum erstenmal die Heilung der Schlafkrankheit gelungen — hat „Bayer 205“ (Germanin) mit dieser Heilung erstmalig zum Erfolg geführt — hier wird jetzt Plasmodin erprobt, als erstes — deutsches — Mittel gegen Schwarzwasserfieber, und hier hat man — mit „Vatren 105“ — neue Bahnen zur Bekämpfung der Amöbenruhr erschlossen. Leistungen, die den Dank der Welt für alle Zeiten führen. Zahllosen Menschen wurde geholfen: durch Reisen der Institutsmitarbeiter zu den Kranken und Krankheitsbedrohten, durch umfangreiche vorbeugende Maßnahmen, durch Entdeckung neuer Methoden und Weitergabe dieser Bekämpfungsmittel an Hunderte von Ärzten aller Länder: — hier sind ganze Völker gerettet worden!

Das Urteil im Prozeß Reiners

Der Düsseldorf Staatsanwalt beantragte im Prozeß Reiners wegen Mordes die Todesstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sowie Stellung unter Polizeiaufsicht, wegen Mordversuches acht Jahre Zuchthaus und wegen des qualifizierten Raubes weitere acht Jahre Zuchthaus. Zusammen gerechnet beantragt er gegen Reiners im ganzen zwölf Jahre Zuchthaus. Gegen Arnemann werden zehn Jahre Zuchthaus und gegen Flint vier Jahre Zuchthaus beantragt.

Nach langer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Reiners wird wegen Totschlages zu lebenslänglichen Zuchthaus, wegen Totschlagversuches und Raubes zu acht Jahren Zuchthaus bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Arnemann erhält wegen schweren Raubes zehn Jahre Zuchthaus, Flint wegen des gleichen Deliktes fünf Jahre Zuchthaus. Beiden werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

300000 Mark unterschlagen

Wegen Unterschlagung von etwa 300 000 Mark wurden fünf Beamte der dem Reichsministerium des Innern in Berlin angegliederten Landesaufnahme im Auftrag der Staatsanwaltschaft verhaftet. Die Verhafteten sind Reichsinspektor Blum, Baer, Wendt, Schäfer und der Verwaltungssamtmann Wolf. Die Beschuldigten, gegen die der Reichsinnenminister das Disziplinarverfahren eröffnet hat, sollen seit etwa sechs Jahren mit Hilfe sehr geschickter Buchführungen von den Ländern überwiesene Beträge für Landesvermessungen für sich einbehalten und die Lasten dem Reich aufgebürdet haben.

Wismut gegen Syphilis

Professor Lenabiti vom Pariser Pasteur-Institut hielt in Frankfurt am Main einen Vortrag über seine Arbeit, die sich mit den Prophylaxen gegen Syphilis beschäftigt. Lokale Salbenanwendung, führte er aus, verlagert oft völlig; besser wirken schon gewisse Arsenpräparate, flüssig oder in Pillenform eingenommen. Aber diese Stoffe werden zu schnell aus dem Körper ausgeschieden, um einen wirksamen Schutz zu verleihen. Die besten Erfolge zeitigte eine ganz neue Methode: Einspritzung von Wismut. Tierversuche haben gezeigt, daß dieses Metall eine Schutzwirkung von mindestens 152 Tagen verleiht. Jährlich zwei Einspritzungen würden also genügen, um den Organismus gegen Syphilis unempfindlich zu machen! Bei Schimpansen — sie kommen dem menschlichen Organismus am nächsten — konnte unter besonderen Bedingungen sogar eine Schutzfrist von 283 Tagen erzielt werden. Da aber zwischen schützender und heilender Kraft eines Medikaments enge Beziehungen bestehen, ist es möglich, daß im Wismut zugleich das Syphilisheilmittel der Zukunft entdeckt worden ist.

Der neue Berliner Opernintendant

Der bisherige Leiter des Hessischen Landestheaters in Darmstadt, Karl Ebert, wurde in der Ausschreibung der Berliner Städtischen Oper zum Intendanten dieses Instituts gewählt, womit ein einundhalb Jahre lang währendes Provisorium beendet ist. Karl Ebert war bis zum Jahre 1927 Feldintendant des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin. In Darmstadt bewährte er sich als Nachfolger Ernst Legals, der von hier aus als Leiter des Staatlichen Schauspielhauses nach Berlin ging.

Raubmord in Zirkstiegel

Der Arbeiter Albert Wamorznaal wurde in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung ermordet. In dem Verbrechen hatte der Täter einen Hammer benutzt, mit dem er seinem Opfer den Schädel zertrümmerte. Nach der Tat schleppte der Mörder die Leiche in den hinter dem Grundstück gelegenen Garten und vergrub sie dort. Unter dem Verbauch, das Verbrechen begangen zu haben, wurde der Arbeiter Albert Freudenburg aus Zirkstiegel heute nachmittag von der Kriminalpolizei festgenommen, der unter dem Druck des gegen ihn vorliegenden Beweismaterials die Tat eingestand. Er will sie begangen haben, um in den Besitz von Geld zu gelangen.

Doppelter Raubmord

Zwei polnische Militärs, ein Offizier und ein Sergeant waren beauftragt, die Gefährtin und den Sold des in Sarny stationierten Bataillons des 50. Infanterieregiments, etwa 275 000 Zloty, von Kowel nach Sarny zu bringen. Zwischen den Stationen Antanowka und Rajolowka stellte der kontrollierende Eisenbahnbeamte fest, daß das Abteil der beiden Soldaten leer war. Er bemerkte zahlreiche Blutspuren, die darauf schließen ließen, daß ein Verbrechen verübt worden war. Eine Untersuchungskommission entdeckte die Leichen später am Bahndamm, wo sie mit Erde bedeckt worden waren. Die Mörder sind noch nicht ermittelt worden.

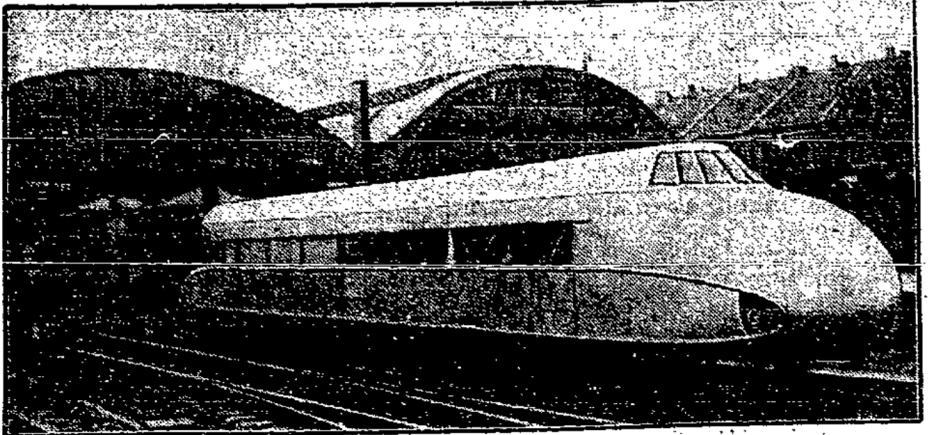
Erdbeben in Süditalien

In dem süditalienischen Gebiet, das von dem Erdbeben im Juli v. J. heimgesucht wurde, sind gestern und vorgestern wiederholt Erdstöße verspürt worden. In Aquilonia wurde gestern vormittag ein starkes Erdbeben registriert, das auch in Avellino verspürt wurde. In Vellei wiederholten sich die Beben dreimal. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Die Bevölkerung wurde in größte Panik versetzt. Die Kathedrale mußte wegen Einsturzgefahr geschlossen werden.

Ungetreuer Kassierer

In Kopenhagen wurde der 31jährige Kassierer des Schwedischen Schiffsbesatzungsvereins Jorkmann verhaftet. Jorkmann wird beschuldigt, seine Arbeitgeber um 300 000 Kronen betrogen zu haben.

Der Schienen-Propeller fährt aus dem Bahnhof Hannover



Der Krudenbergsche Propellertriebwagen hat am Sonntag zum ersten Male eine Reichsbahnbetriebsstrecke von größerer Länge durchfahren. Die Versuchsfahrt war erfolgreich. Es wurde eine Höchstgeschwindigkeit von 205 Kilometern erreicht.



Der internationale Qualitätswagen
Ein neuer Schlager zum außergewöhnlich niedrigen Preise 3995.-
 Der 6/30-PS-Innenlenker kostet nur RM.
 Nur die überragende Qualitätsarbeit und die vorzüglichen Konstruktionen in jahrzehntelanger Folge konnten den FIAT-Wagen dauernd ihren Platz in der ersten Reihe der besten Automobile der Welt sichern. Eine reiche Auswahl sämtlicher Modelle finden Sie stets in unserer Verkaufsstelle.
 Breslau, Kaiser-Wilhelmstr. 18/20 / Tel. 33210 Ersatzteillager — Kundendienst — Deutsche Fiat-Automobil-Verkauf A.-G., Berlin-Tempelhof

